

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 4

Z 2753 E

Bonn, im April 1960

INHALT

DIE INWENDIGEN KLEIDER von Adolf Köberle	S. 1
DIE ENTSCHLIESSUNGEN VON MANNHEIM	S. 3
DIE GESELLSCHAFTLICHE WIRKLICHKEIT UND DIE MÖGLICHKEITEN EINER GESELLSCHAFTSPOLITIK von Hans Achinger	S. 4
DIE FREIHEIT IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT von Eberhard Müller	S. 11

DIE INWENDIGEN KLEIDER

Ansprache in der Morgenandacht am 1. April 1960 in der Christuskirche zu Mannheim
anlässlich der 8. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Professor D. Adolf Köberle, Tübingen

Kolosser 3, 12-17

Wir wissen alle: das Kleid, das ein Mensch trägt, ist trotz aller Herrschaft von Mode und Konfektion nicht etwas Zufälliges, sondern Ausdruck seiner Wahl und seines Wesens. Es gibt wertvolle Kleidung, die unsere Festfreude zu erhöhen vermag, und es gibt unordentliche Kleidung, in der wir uns in keiner Weise wohlfühlen. Wir tragen aber Kleider nicht nur auf dem Leib. Es gibt auch Kleider, in die wir inwendig gehüllt sind, und die Wahl dieser Kleider sollte uns noch wichtiger sein als die Sorge, was wir sonntags und werktags anziehen haben. In diesem Sinne schreibt der Apostel Paulus im Brief an die Galater: „Denn wie viele von euch auf Christus getauft sind, die haben Christus angezogen.“ Und das Schriftwort von heute morgen ruft uns zu: „Ziehet an herzliches Erbarmen, Freundlichkeit, Demut, Geduld!“ Wir würden die seelsorgerische Mahnung völlig

falsch verstehen, wenn wir dabei lediglich an eine Vielzahl von moralischen Tugendeigenschaften denken würden, die wir aus uns selbst hervorzubringen haben. Nein, wenn wir es recht überlegen, dann merken wir bald: alles, was hier an wohlthuenden Lebensäußerungen genannt wird, sind im Grunde Züge, die von dem Bild Christi selbst genommen sind. In dem Maße, als wir Christus anziehen, wird auch etwas von dem Widerschein seines Wesens an uns offenbar werden.

Bei dem Wort vom herzlichen Erbarmen fällt uns ein, wie von Jesus im Evangelium gesagt wird: „Da er das Volk sah, jammerte ihn desselben; denn sie waren verschmachtet und zerstreut wie Schafe, die keinen Hirten haben.“ Ein Abglanz von dieser Barmherzigkeitsgesinnung gehört zu jedem Christenmenschen, der bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen. Wir dürfen nicht

kalten Herzens bleiben angesichts der ungezählten Nöte, die es heute unter uns gibt. Wir denken an die Verzweiflung der Bauern in Mitteldeutschland, wir sind besorgt über Erscheinungen der Verwahrlosung und Verwilderung unter unserer eigenen Jugend, wir beobachten eine bedenkliche Überbewertung des äußeren Gewinns und Erfolgs gegenüber den inneren Werten, die einem Menschen Halt und Würde geben. Gewiß kann keiner von uns all diese Lasten zugleich auf sich nehmen. Dabei würden wir ja selbst zusammenbrechen und der Hilfe durch andere bedürftig werden. Aber es kann jeder von uns etwas tun, und wenn ein gemeinsames Helfen durch unsere Reihen hindurchgeht, dann wird man es zuletzt doch als Gesamtwirkung in unserem Volk spüren. Albert Schweitzer sagt: „Klein sind die einzelnen Tropfen, die ein Rinnsal bilden, aber daraus sammeln sich die Quellen und Bäche, die einen Strom speisen.“

Bei den Worten „Demut“ und „Geduld“ steht uns vor Augen, wie Jesus seinen Jüngern zugerufen hat: „Lernet von mir; denn ich bin von Herzen demütig!“ Das Wort Geduld hat in der griechischen Sprache ursprünglich den Sinn: unter einer Last ausharren und sie nicht abwerfen, auch wenn sie drückt. Was hat Jesus für eine Tragkraft bewiesen, als ihm die schweren Kreuzesbalken auferlegt wurden! Wie war er bereit, den Leidensweg zu gehen, der ihm von dem göttlichen Willen gewiesen wurde. Im Urteil der Welt gelten Demut und Geduld nicht allzu viel, und eines Mannes soll beides gleich gar nicht würdig sein. Und doch: kommt es nicht im politischen Handeln darauf an, daß wir uns nicht fortreißen lassen von unbedachten Zornesäußerungen, daß wir die entscheidenden Dinge wachsen und sich ausreifen lassen können? Wieviel Unglück in der Weltgeschichte ist schon dadurch angerichtet worden, daß den Führenden eines Volkes das Maßhaltenkönnen gefehlt hat! Demut und Geduld sind Kräfte, die der Mensch sich nicht selbst geben kann. Dazu ist unser Herz von Natur zu stolz und unruhig. Aber wir dürfen uns an Christus halten. Wir wollen die Kleider mit ihm tauschen, dann nimmt er uns ab, was uns gefährdet, und schenkt uns, was uns fehlt.

Mit besonderem Nachdruck werden wir sodann daran erinnert, daß wir mit dem Nächsten in Frieden leben sollen: „Vertrage einer den andern und vergebet euch untereinander, so jemand Klage hat wider den andern; gleichwie Christus euch vergeben hat, also auch ihr!“ Am Nächsten, der uns in Ehe und Familie, in Beruf und Arbeitsgemeinschaft begegnet, reiben wir uns oft mehr wund als an dem, der uns ferner steht. Wie leicht kommt es dabei zu bitteren Gedanken und verletzenden Worten, die das Zusammenleben stören. Es kann aber nicht Friede auf Erden werden, wenn wir nicht damit beginnen, in den eigenen Reihen dem Frieden zu dienen. Wir sollen uns täglich und stündlich vor Augen halten, mit welcher unendlichen Geduld der ewige Gott um Christi willen unser Leben trägt. Wie oft haben wir ihn schon betrübt und enttäuscht, wie sehr hätte er Grund und Anlaß, den Baum unseres Lebens umzuhauen! Dennoch ist er bis auf diesen Tag erhalten geblieben. Wenn wir uns von diesem Übermaß der Güte Gottes innerlich überwältigen lassen, dann muß alle Bitterkeit von uns weichen, dann können wir versöhnlich sein als die, denen Barmherzigkeit widerfahren ist.

Der Apostel Paulus betrachtet all die Lebensäußerungen, die aus der Gemeinschaft mit Christus aufblühen dürfen, wie Blumen, die zu einem Strauß zusammengefaßt werden. Das Band aber, das alles zusammenhält, ist die Liebe: „Zieheth an die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit!“ Das Wort Liebe kann in unserer Muttersprache sehr verschiedenes bedeuten. Wir sind nicht

so glücklich, unterscheiden zu können wie der Lateiner, der von Amor und Caritas spricht, wie der Grieche, der den Unterschied von Eros und Agape kennt. In den Schlagertexten bedeutet das Wort Liebe die triebhafte Lust, die gerade für das Erlebnis einer rauschenden Ballnacht reicht. Die Dichter verstehen unter Liebe die große Beglückung, die sich zwei Menschen schenken auf Grund inniger Begegnung in leibseelischer Harmonie. Aber auch diese Gluten haben keinen dauernden Bestand. Die Liebe, von der die neutestamentliche Botschaft spricht, meint noch etwas anderes: Sie ist begründet in der unwandelbaren Treue, mit der Gott zu uns Menschen steht. Daran empfangen wir die Kraft und Freudigkeit, einander anzunehmen, einander gelten zu lassen und füreinander Opfer zu bringen. Wäre diese Gottesliebe nur eine Idee, nur eine Sehnsucht — es wäre uns nicht allzu viel damit geholfen. Nun aber hat die ewige Liebe in Jesus Christus menschliche Gestalt angenommen. Sie ist ein hörbarer Mund und ein schaubares Bild geworden. Nun wissen wir, wie das Kleid aussieht, das wir anziehen dürfen.

Fast will es uns zu überschwenglich erscheinen, wenn uns zugerufen wird: „Alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen des Herrn Jesus!“ Wir haben die Empfindung: am Sonntag, im Frieden unserer vier Wände möchte uns das am ehesten gelingen. Aber wie hart nimmt uns gerade im politischen Beruf die Woche her, in Hast und Unruhe, in Erregung und Überforderung! Wir können einen Friedrich Naumann wohl verstehen, der es trotz lauterer persönlicher Gesinnung zuletzt aufgegeben hat, die sittlichen Weisungen Jesu im politischen Kampffeld aufrechtzuerhalten. Es ist durchaus denkbar, daß heutzutage viele Menschen der christlichen Kirche fernbleiben, weil sie finden, der Gegensatz sei zu groß geworden zwischen all den hohen, schönen Worten, die im Gottesdienst erklingen, und der grausamen Wirklichkeit, die uns das alles zerschlägt.

Es ist wohl keiner unter uns, der das Kleid Christi nicht schon oftmals ausgezogen und mit sehr andersartigen Kleidern vertauscht hat. Wir wollen darum lieber nicht träumen von einer fleckenlosen Existenz. Wir wollen uns vielmehr von dem Dichter Werner Bergengruen daran erinnern lassen, daß Versuchlichkeit und Gefährdung um so größer sind, je höher einer im öffentlichen Rang steht. Nicht darauf kommt es an, daß wir immer die siegreich Überlegenen sind, sondern das Entscheidende ist, daß wir uns von Gott unser Versagen vergeben lassen. Ohne diesen Frieden von oben, den die Welt nicht geben, aber auch nicht nehmen kann, ist es nicht möglich, die Last der politischen Verantwortung auf die Dauer zu tragen.

Zuletzt bekommen wir noch einen Ratschlag, wie wir in der Gemeinschaft mit Christus befestigt werden können: „Lasset das Wort Christi reichlich bei euch wohnen!“ Wir müssen so vieles bei uns wohnen lassen: das Radio, die Weltpresse, die Börsenkurse, den Lärm der Straße und ihren Klatsch, von den persönlichen Sorgen um Haus und Gesundheit ganz zu schweigen. Kein Wunder, wenn es uns oft zu viel wird und wir unter der Last zusammenzubrechen drohen. Darum brauchen wir eine starke Gegenmactwirkung. Diese Hilfe möchten die Lebensworte Christi sein, die er selbst als nährendes Brot und erfrischendes Quellwasser bezeichnet hat. Über Brot und Wein muß man nicht diskutieren, man muß sie nehmen, um davon satt und erquickt zu werden. Darum ist es uns auch bei unserer Arbeitstagung innerstes Herzensanliegen, vor dem Beginn der Verhandlungen auf die Stimme des lebendigen Gottes in seinem Wort zu lauschen. Allein von da her können wir rechte Ausrichtung empfangen für den Dienst, der uns aufgetragen ist.

DIE ENTSCHEIDUNGEN VON MANNHEIM

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU faßte auf seiner 8. Bundestagung, die unter dem Gesamthema: „Der Einzelne und die Gesellschaft heute“ am 1. und 2. April d. J. in Mannheim stattfand und an der über 400 Delegierte aus allen Ländern der Bundesrepublik und aus Westberlin teilnahmen, folgende Entschlüsse:

Bekenntnis zur Union

Wir stellen mit Dankbarkeit fest, daß sich die politische Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen in der CDU/CSU bei der Lösung lebensentscheidender Probleme Deutschlands zum Wohle unseres Volkes bewährt hat. Daher rufen wir alle evangelischen Männer und Frauen auf, ihre Mitarbeit in der CDU/CSU zukünftig noch zu verstärken und das große Ziel gemeinsamer politischer Entscheidungen aus christlicher Verantwortung nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die unaufgebbaren konfessionellen Unterschiede der beiden großen Kirchen stellen für die politische Arbeit der CDU/CSU besondere Aufgaben. Sie haben sich aber nach unseren Erfahrungen nicht als Gefährdung, sondern als Vertiefung und Befruchtung des Unionsgedankens erwiesen.

Entschlüsse zur Sozialethik, zur politischen Bildungs- und Erziehungsarbeit, zu Frauen- und Familienfragen und zur Gesellschaftspolitik

I.

1. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betont den unlöslichen Zusammenhang der evangelischen Sozialethik mit der praktischen Gesellschaftspolitik. Evangelische Sozialethik verpflichtet uns zu verantwortlichem Handeln in einer sich wandelnden Gesellschaft.

Die evangelischen Christen sind zu praktischer, mitverantwortlicher Arbeit an der Ordnung der Gesellschaft berufen und bevollmächtigt, in die Gott sie gestellt hat.

2. Fundament der Gesellschaftspolitik evangelischer Christen ist die an Gott und den Nächsten in der Welt gebundene Person. Das persönliche Eigentum ist zugleich Ausdruck und Schutz der Freiheit und Selbständigkeit des Einzelnen in der Gesellschaft. Wir fordern daher die Erhaltung und die umfassende Neubildung des persönlichen Eigentums. Nur auf diesem Wege kann eine freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung erhalten und fortgebildet werden.
3. Das persönliche Eigentum untersteht in allen seinen Größenordnungen der sozialen Verpflichtung des Einzelnen sowohl gegenüber seinem Nächsten als auch gegenüber dem Gemeinwohl des sozialen Ganzen, dem sich alle Einzel- und Gruppeninteressen einzuordnen haben.
4. Die Worte „christlich“ und „sozial“ dürfen aber nicht dazu mißbraucht werden, daß sie der Entwicklung zu einem Versorgungsstaat Vorschub leisten, welcher die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen herabsetzt oder erstickt. Eine noch größere Einschränkung von Lohn und Einkommen über die öffentliche Hand, als es zur Zeit mit einer 40prozentigen öffentlichen Belastung geschieht, ist nicht der Weg zu einer gerechten sozialen Ordnung. Insbesondere dient sie nicht der Festigung der Selbständigkeit der Glieder unserer Gesellschaft.

5. Der Bundesparteitag 1960 wird gebeten, ein Gremium zu bilden, das möglichst schnell klare Leitsätze für das sozialetische und gesellschaftspolitische Handeln der CDU/CSU aufstellen soll.

II.

Politische Bildungs- und Erziehungsarbeit ist eine vorrangige Aufgabe unserer evangelischen Verantwortung. Die Erfahrung der letzten 10 Jahre sollte ausgewertet werden. In diesem Sinne empfehlen wir, auf Bundesebene einen Ausschuß für die politische Bildungsarbeit zu berufen.

Dieser Ausschuß hat die Aufgabe:

1. einen umfassenden Überblick über die gesamte politische Bildungsarbeit zu geben, die in der Bundesrepublik von staatspolitischen und parteipolitischen, von berufsständischen und wirtschaftlichen, von kirchlichen und freien Organisationen aller Art vertreten wird;
2. nicht nur über die Organisation als solche, einschließlich Trägerschaft und Teilnehmerkreis, sondern auch über ihre besondere Arbeitsweise, ihre konkreten Bildungsziele und etwa feststellbare Ergebnisse ihrer Arbeit zu informieren sowie Vorschläge für einen großzügigen Ausbau der politischen Bildungsarbeit zu machen;
3. Erfahrungen auszuwerten, um durch Koordination der politischen Bildungsarbeit unnötige Überschneidungen zu vermeiden und dadurch eine Intensivierung des Dienstes der einzelnen Arbeitskreise zu ermöglichen.

III.

Der Arbeitskreis ist der Meinung:

1. Die Familie gibt dem jungen Menschen den Raum für seine Entwicklung. Hier erfährt er Autorität, hier findet er in Eltern und Geschwistern persönliche verbindliche menschliche Beziehung. Hier erfährt er eine Ordnung, in der mehr als in allen anderen menschlichen Gemeinschaften etwas von der göttlichen Liebe verwirklicht ist. Deshalb ist es entscheidend für das Menschenbild der kommenden Generation, daß es unserer Zeit gelingt, die Familie vor den Gefährdungen, die ihr drohen, zu bewahren.
2. Die schwerste Gefährdung sehen wir in der Überbelastung der kinderreichen Mutter und in der Tatsache, daß viele Frauen ohne Vorbereitung auf die Ehe aus dem Beruf oder unter Fortführung des Berufs Ehefrau und Mutter werden. Eine Entlastung sehen wir nicht nur in einer finanziellen Besserstellung der kinderreichen Familie, sondern auch in einer besseren Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben durch ein 9. Volksschuljahr. Durch das Angebot guter Haushaltsschulen und Haushaltslehrstellen soll die Vorbereitung der Mädchen für die Ehe gefördert werden; ihm ist deshalb besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Staat und Wirtschaft sollten in erhöhtem Maße Halbtagsstellen für Frauen anbieten. Die Überwindung der verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie eine Ergänzung der Versicherungsgesetzgebung müßten möglich sein angesichts der schweren sozialen Nöte, die sich bei der vollen Berufstätigkeit von Müttern durch Überforderung ihrer Kräfte immer wieder ergeben.
3. Es ist zu hoffen, daß die Zukunft für die nicht verheirateten berufstätigen Frauen bessere Aussichten auf beruflichen Aufstieg bietet und Vorurteile mit

der Zeit abgebaut werden. Man sollte sein Augenmerk darauf richten, daß den älter werdenden berufstätigen Frauen in sogenannten Übergangsbereufen eine Umschulung auf einen Beruf ermöglicht wird, der für eine älter werdende Frau eine befriedigende Aufgabe wird.

IV.

Der Arbeitskreis ist der Meinung:

Würde, Recht und Freiheit des Einzelnen begründen sich in seinem Dienst am Mitmenschen. Erst die Erfüllung seiner Pflichten als Glied der ihn tragenden Gemeinschaft gewährt das Recht auf die soziale Hilfe des Staates. In der Gewinnung und Vermittlung des reformatorischen

Verständnisses des Menschen, der Gesellschaft und des Staates sehen wir einen wesentlichen Beitrag des Evangelischen Arbeitskreises für die notwendige Besinnung auf die geistigen Grundlagen der CDU/CSU.

Das unbestreitbare Recht und die hohe Bedeutung der berufsständischen Organisationen als die Vertretung der Einzelinteressen finden ihre Grenzen an dem Gemeinwohl und der für die Gesamtheit verantwortlichen Volksvertretung. Unter diesen Gesichtspunkten, die wir unsere Abgeordneten zu wahren bitten, sehen wir die zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe, wie z. B. das Krankenversicherungsneuregelungsgesetz. Wir unterstützen die Grundsätze, von denen der Entwurf der Bundesregierung ausgeht.

DIE GESELLSCHAFTLICHE WIRKLICHKEIT UND DIE MÖGLICHKEITEN EINER GESELLSCHAFTSPOLITIK

I. Referat auf der 8. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Professor Dr. Hans Achinger, Frankfurt/Main

Alle Themen oder Überschriften, die ein „und“ enthalten, haben es in sich. Es handelt sich meistens gar nicht um einfache Nebeneinanderstellungen zweier Dinge, sondern es handelt sich bereits um eine Vorstellung davon, daß diese zwei Dinge auf eine ziemlich vertrackte Weise miteinander zu tun haben. So ist es auch mit dem Thema oder mit der Überschrift: „Der Einzelne und die Gesellschaft heute“. Bei diesem Gesamtthema habe ich mir einen bestimmten Zusammenhang gedacht, der über das bloße „und“ weit hinausgeht, und habe mich auch informiert, ob diejenigen, die so formuliert haben, den gleichen Zusammenhang im Auge hatten. Ich kann deshalb mit einiger Autorität sagen, daß sich hinter diesem harmlosen „und“ folgende Vorstellungen verbergen:

In unserer heutigen Lage besteht die Gefahr, daß die Autonomie, die Initiative, der Freiheitsspielraum des Einzelnen durch die Gesellschaft oder, wie man etwas schwülstig zu sagen pflegt, durch gesellschaftliche Mächte, darunter nicht zuletzt auch den Staat, in einer unerwünschten Weise eingeschränkt und vielleicht laufend weiter gemindert wird.

Was zweitens aus unserer Themenstellung hervorgeht, ist die Forderung, uns nicht damit zufriedenzugeben, festzustellen, wie die Dinge liegen, sondern gemeinsam Auswege zu suchen, um die Autonomie des Einzelnen zu stärken, von unerwünschten bestimmenden Einflüssen frei zu machen, Aktivität statt Passivität der Person herbeizurufen; und schließlich dieses alles nicht nur um eines zum Idol gemachten Menschenbildes willen, sondern weil diese aktiven Einzelnen allein wiederum imstande sind, Gesellschaft und Staat zu bauen.

Wenn ich den Sinn des Themas in dieser Weise festlege, so ergeben sich die beiden Hauptteile meines Vortrags von selber. Ich muß nämlich zunächst eine Skizze dessen versuchen, was die Bestimmung des Einzelnen durch die Gesellschaft ausmacht. Und ich muß zweitens versuchen, die Gebiete zu beschreiben, auf denen sich eine Stärkung der Initiative des Einzelnen bewirken ließe, vielleicht durch direkte Mittel, vielleicht aber noch mehr durch Unterlassung und Abbau von allzu eifrigen Ordnungsversuchen. Am Schluß wäre dann noch die Frage zu behandeln, warum es uns denn eigentlich, auch abgesehen von dem Nutzen für die Gesellschaft, darum zu tun ist, den Raum der persönlichen Freiheit zu verteidigen.

Was nun den ersten Teil, die Beschreibung des jetzigen Zustandes im Verhältnis von Gesellschaft und Individuum, angeht, so möchte ich der Klarheit halber ausschalten, was für unsere heutige Betrachtung zu weitläufig ist, auch wenn es vielleicht indirekt mit unserem Problem zu tun hat. Ich spreche also nicht von dem Problem der Willensfreiheit im philosophischen Sinne, nicht von Determination und Indetermination. Ich will auch nicht davon sprechen, daß in der allgemeinen Soziologie mit Recht gelehrt wird, daß kein Mensch ohne stetige Beeinflussung durch andere überhaupt ein Mensch werden und sein kann. Es kann jeder schon an einjährigen Kindern feststellen, daß das so ist. Und das Experiment mit einem Menschen, der in völliger Einsamkeit aufgewachsen ist, wie Caspar Hauser im 18. Jahrhundert, bleibt immer beweiskräftig. Diese allgemeinste Selbstverständlichkeit, daß niemand ohne die stetige Berührung und Befassung mit anderen sein Leben als Mensch überhaupt führen kann (es liegt ja auch alle Ethik darin beschlossen, daß es dieses Verhältnis zu anderen gibt), ist natürlich nicht Gegenstand unserer Auseinandersetzung. Wir wollen ja nicht einen auf sich selbst bezogenen Einsiedler, wenn wir von persönlicher Potenz sprechen. Diese Beschränkung soll nicht bedeuten, daß die Arbeiten zur Anthropologie, die gerade in den letzten Jahrzehnten von Philosophen und Soziologen geleistet worden sind, nicht die größte Beachtung verdienen; aber sie gehen über die für diesen Vortrag gegebenen Möglichkeiten hinaus.

Genauere Definitionen

Ein Zweites jedoch muß allen Schilderungen vorausgeschickt werden: Beim Verhältnis des Einzelnen und der Gesellschaft müssen wir, wenn wir überhaupt etwas Nützliches aussagen wollen, viel präziser werden. Der Begriff der Gesellschaft ist überaus verschwommen und der Begriff des Einzelnen reichlich abstrakt. Wenn wir uns verstehen wollen, müssen Sie mir gestatten, daß ich für beide Fälle genauere Definitionen vornehme, die vielleicht nur für diesen Vortrag gelten können. Wir wollen unter Gesellschaft alle diejenigen Gruppenbildungen und organisatorischen Zusammenschlüsse freier und gesetzlich gebundener Art verstehen, die oberhalb von Familie und Verwandtschaft ansetzen. Zur Sphäre des sogenannten Einzelnen wollen wir den in sittlicher und ökonomischer Gesamtverantwortung lebenden Haushalt

hinzurechnen, den man auch Familie nennt. Denn ein großer Teil der in unserem Thema gemeinten Kontraste zwischen der Gesellschaft und dem Einzelnen ist identisch mit den Kontrasten zwischen der Gesellschaft und dieser Zelle des Lebens, die aus mehreren Personen besteht.

Ich möchte also die Grenzziehung zwischen der Gesellschaft und dem Einzelnen verschieben, und zwar aus dem Grunde, weil niemand von Ihnen, wie ich annehme, die Familie zu den gesellschaftlichen Instituten rechnen würde, die den Einzelnen in seiner persönlichen Freiheit beschränken. Auch diese Kontroverse zwischen der Familie und ihren einzelnen Gliedern gibt es, auch sie ist des Nachdenkens wert, aber sie muß hier, schon der Kürze der Zeit halber, außer Betracht bleiben. Ich hoffe, wir sind uns alle darüber einig. Wir gehen also im Augenblick von der Annahme aus, daß sich der Gegensatz zwischen der Gesellschaft und dem Einzelnen so verwirklicht, daß auf der einen Seite Staat, Verbände, Vereinigungen, Betriebe, Gemeinden, Behörden, Schulen, also rationale Institute und Zweckverbände aller Art stehen, auf der anderen Seite aber der Einzelne mit samt seinem nächsten Lebenskreis, dem er von Bluts wegen zugehört. Ich muß Ihre Geduld für diesen Lebenskreis noch einmal in Anspruch nehmen, damit Sie sehen, was es bedeutet, wenn wir den Einzelnen, auf diese zweite Stufe erhöht, in einen Gegensatz zur Gesellschaft stellen:

Primäre und sekundäre Systeme

Die Soziologie unterscheidet seit langem zwischen primären und sekundären Gebilden oder Systemen in der Gesellschaft. Unter primären Systemen versteht man Gruppierungen wie die Familie, die den ganzen Menschen einbeziehen. Der Einzelne legt etwas von seiner Persönlichkeit in diese Beziehungen; er gibt etwas von seinem eigensten Wesen her, um in diesen Beziehungen bestehen zu können. Andererseits bildet sich seine Persönlichkeit aus diesen Beziehungen; er gewinnt daraus das Modell aller menschlichen Begegnung überhaupt, auch wenn sich dieses Modell später als falsch erweisen sollte; ja er füllt seine Persönlichkeit aus diesen primären Beziehungen immer wieder auf, so wie man als Student zu seinen Eltern zurückkehren kann, um wieder zurechtzukommen. Man bezeichnet es als wesentlich für den Charakter der primären Systeme, daß sie nicht aus der Vernunft entworfen sind, sondern daß wir sie überkommen haben, und daß sie in Traditionen wurzeln. Genauso nun, wie innerhalb der primären Sphäre die Familie eine Haupt- und Kernfigur darstellt, genauso ist umgekehrt im sekundären Bereich die Staatsverwaltung die schroffste Ausprägung der rationalen, zweckhaften sekundären Systeme.

Es könnte schon sein, daß wir einen ersten Teil der Einsicht in unserem Zusammenhang gewinnen, wenn wir an die offensichtlichen Verluste denken, welche die primären Systeme gegenüber dem Fortschreiten der rationalen sekundären Systeme in den letzten zwei Jahrhunderten erlitten haben — allerdings nur einen ersten Anhaltspunkt, eine erste Vermutung über Verluste an persönlichem Gehalt. Den so einfach liegen die Dinge ja auch wieder nicht, daß die von uns gesuchte autonome Persönlichkeit etwa in den primitiven Völkerschaften gesichert wäre, deren Leben fast ganz in der primären Sphäre beschlossen liegt; und daß diese Freiheit andererseits da verneint werden müßte, wo im vollen Lichte der Ratio gelebt wird. Im Augenblick möchte ich Sie nur bitten, zum Begriff des Einzelnen die primäre Sphäre im heutigen Bestande mit hinzuzudenken und sich bewußt zu bleiben, daß, wenn sie gänzlich zerfiel, das Menschenbild, von dem wir alle ausgehen, mit zerstört würde.

I.

Versuchen wir nun, indem wir den Einzelnen und den familiären Bereich als Einheit fassen, einige Tendenzen der modernen Welt zu bezeichnen, die unsere Sorgen in bezug auf allzu große Bevormundung begründen:

Unübersehbarkeit und Spezialistentum

Da wäre zunächst die wachsende Integration zu nennen. Mit Integration sind in diesem Zusammenhang die Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit aller Lebensverhältnisse gemeint, wie sie als Produkt der arbeitsteiligen Industriegesellschaft schon vor hundert Jahren vorausgesagt worden sind. Diese ständig zunehmende Verflechtung bedeutet immer größere Spezialisierung, aber auch einen immer größeren Beziehungsreichtum. Ich möchte daraus nur zwei Folgerungen ziehen:

Einmal wird es dem Einzelnen immer weniger möglich, die ihn betreffenden Verhältnisse, Einrichtungen, Verfahren und Spielregeln überhaupt noch zu übersehen. Er verliert damit ein Stück der inneren Sicherheit, die früheren Zeiten selbstverständlich war. Nicht als ob man in früheren Zeiten etwa die ganze Welt besser übersehen hätte, als wir das heute tun. Wohl aber konnte man mit Recht sein Leben beginnen und beschließen, ohne von der nichtverständlichen weiteren Umwelt große Notiz zu nehmen. Arnold Gehlen hat in seinem Buch: „Die Seele im technischen Zeitalter“ die Umstände geschildert, die sich heute aus der weitgetriebenen Komplizierung des sozialen Gefüges und der internationalen Weiträumigkeit aller Dinge ergeben. Wer sich nur einen Augenblick in die Jahrtausende zurückversetzt, in denen 80 % der Menschen vom Ackerbau gelebt haben, der kann den Unterschied des Beziehungsreichtums und der Lebensbedingungen deutlich ermessen.

Ein zweites geht aus dieser Situation hervor: das Spezialistentum, die Tatsache, daß sich der Einzelne nur behaupten kann, indem er unter den gesellschaftlich anerkannten und honorierten Leistungen seiner Hände und seines Kopfes nur diejenigen vollbringt, die an einem bestimmten Punkt mit einiger Sicherheit nachgefragt werden. Ein brauchbares Mitglied dieser modernen Gesellschaft zu werden heißt, sich mit einer meistens ganz spezifischen Funktion zu bescheiden. Noch immer aber kommen die Menschen normalerweise ganz und rund auf die Welt, noch immer werden sie mit großer Anstrengung auf den Schulen zu Menschen im vollen Sinne herangebildet, mit einem Gefühl für das Rechte, für das Schöne und das Gute ausgestattet, auch mit Gaben der technischen, künstlerischen oder geistigen Gestaltung, von denen dann im weiteren Leben infolge des Spezialistentums allzu oft das meiste verkümmern muß.

Dies ist nur eine sehr oberflächliche und summarische Schilderung eines Zusammenhangs, der ungeachtet einiger Schwankungen im ganzen feststeht, soweit es sich um den Arbeitsinhalt handelt, der ja nun freilich einen immer geringer werdenden Teil des Tages und der Lebenszeit überhaupt ausmacht.

Höchstmaß an Wahlfreiheit

Beide Vorwürfe gegen die neue Zeit: der Vorwurf der Unübersehbarkeit und der Vorwurf, daß sie Spezialisten züchte, müssen durch eine gegenteilige Überlegung ergänzt und damit auch eingeschränkt werden. Gerade diese moderne Welt enthält Elemente der persönlichen Freiheit, die keine frühere Zeit gekannt hat. Gerade die Vielfalt von Beziehungen oberflächlicher Art — man könnte sagen: die generelle Anonymität des Herzens in einer vollendeten Stadtkultur — bedeutet ja Wahlfreiheit für die Auslese des Besten, auch Freiheit für echte Enga-

gements, ja für eine bewußte, ungehinderte Arbeit an sich selber. Georg Simmel hat in seiner „Philosophie des Geldes“ diese Art von Freiheit überzeugend beschrieben. Denn sie hängt ja mit der vollen Durchsetzung der Geldwirtschaft aufs innigste zusammen, die an und für sich bereits ein höchstes Maß an Wahlfreiheit gegenüber allen früheren Formen des Gütertausches mit sich führt. Niemand könnte heute die Unfreiheit des agrarischen 17. Jahrhunderts auch nur einen Tag ertragen. Eine sehr geschickte Französin hat vor kurzem geschrieben: wir lebten in einer Zeit, in der sich der Bereich des Möglichen auf Kosten des Bereichs des Gegebenen ständig erweitere. Jeder Einzelne hat heute tatsächlich — und das gilt auch für den letzten ungelerten Arbeiter — eine Fülle von Wahlmöglichkeiten, die es früher nicht gegeben hat. Jedes Wählen-Können aber ist ein Samenkorn der Freiheit, auch wenn nicht alle Samenkörner aufgehen.

Umverteilung der Verantwortung

Ich muß dieses Gebiet der Wandlungen des Industriezeitalters verlassen, so unfertig die Schilderung ist. Ein anderer Bereich wohlgemeiner, vielleicht aber auch fragwürdiger Einwirkungen auf die Einzelexistenz ist mit dem Stichwort „Wohlfahrtsstaat“ gegeben. Es ist kein Zweifel, daß zur aktiven Wirksamkeit der Person und auch der Familie Verantwortung gehört, Bewältigung von Schwierigkeiten und Krisen, Opferfreudigkeit, Voraussicht und planende Disziplin. Wie wird es nun damit aussehen, wenn die Daseinsfürsorge und die Daseinsvorsorge mehr und mehr auf Institutionen abwandern oder gar auf staatliche Behörden übergehen, die nach dem kurzen Zwischenspiel freier Liebestätigkeit und betrieblicher Sozialpolitik alle entscheidenden Fragen dieser Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge an sich ziehen und zu einer leidlichen Lösung bringen? Was dieser Vorgang, abgesehen von einzelnen Unebenheiten, auch für sich haben mag: soviel scheint doch ohne weiteres einleuchtend, daß sich hier der Gewinn an Sicherheit und der Verlust an Selbstverantwortung ziemlich eindeutig entsprechen müssen. Gerade hier ist wiederum an beide zugleich zu denken: an die einzelne Person wie an den Kleinstverband der Familie in seiner hohen Würde als Sorgeverband. Beide werden hier bereits mit gleicher Deutlichkeit von Funktionen entlastet und damit inhaltlich gemindert.

Ich darf es aber auch hier nicht mit einem bloßen Hinweis auf den Zusammenhang bewenden lassen. Die bisherige Entwicklung ist nicht so sehr erschreckend wegen des Zustandes, der jetzt erreicht ist, sondern wegen der Erfahrung, daß unsere parlamentarische Demokratie diese Umverteilung der Verantwortung, diese Abwanderung der Daseinsvorsorge in die staatliche Sphäre von Jahr zu Jahr geflissentlich steigert, manchmal in großen Schüben — wie dem 6-Milliarden-Schub von 1957 —, manchmal in kleineren Absätzen.

Schmälerung der Mittel zur Selbsthilfe

Dabei liegt ein Zangenangriff vor: Es werden ja nicht nur Verantwortungen abgenommen, sondern es werden auch die Mittel zur Selbsterhaltung geschmälert. Die Volkswirte haben längst ausgerechnet, daß der Facharbeiter heute von seinem Leistungseinkommen rund 42 % in den Umverteilungstopf des Staates tun muß, damit dieser Daseinsvorsorge in öffentlicher Regie durchführen kann. Diese Beschneidung der Mittel zur Selbsthilfe ist auch eine Seite der Sache, die leicht vergessen wird. Aber, wie gesagt, der jetzige Zustand ist weniger bedenklich als die Tendenz zur Weiterentwicklung, die bisher ungebrochen seit den 20er Jahren angehalten hat, und die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen

Welt nur eine Richtung kennt. Denn für die meisten Zeitgenossen sind sozialer Fortschritt und Erweiterung der Umverteilung identisch. Dies ist bedenklich, auch wenn der jetzige Zustand zur Verwunderung mancher Propheten beweist, daß sich die einzelnen Haushalte und die einzelnen Hausväter darin durchaus nicht immer verantwortungslos verhalten, obgleich sie es vielleicht könnten:

Praktizierte Selbstverantwortung

Die Zahl der Menschen, die Renten erhalten und nebenher vorsorgen und sparen, ist außerordentlich groß. In der Bundesrepublik laufen 14 Millionen private Krankenversicherungsverträge, obgleich die öffentliche Krankenversicherung, was ihre Leistungen angeht, durchaus befriedigend arbeitet. Ein sehr erheblicher Teil dieser Verträge ist von Pflichtversicherten für Zusatzleistungen abgeschlossen. Das Geschäft der Kleinlebensversicherung ist nicht schlechter, sondern besser geworden seit 1958, dem Jahr, in welchem sich die vorhandenen Sozialrenten im Schnitt um 80 % erhöht haben. Die Bauspar-kassen und die gewöhnlichen Sparkassen haben nicht zu klagen.

Die politischen Überlegungen, wie man die Eigentumsbildung weiter steigern könnte, erwecken manchmal den Eindruck, als ob sie einer durchaus vorhandenen Bereitschaft nur noch ergänzend zu Hilfe kommen wollten, um die Verdienste des Staates an dieser höchst privaten Angelegenheit ins Licht zu stellen. So ist es also nicht, daß wir durch den Wohlfahrtsstaat die Menschen schon vernechtet hätten. Freilich ist es ein großer Verlust, daß die freie Wohlfahrtspflege, soweit sie dieses Namens würdig ist, in ihrem Anteil an der Gesamtleistung immer mehr verkümmert. Das ist schon deshalb traurig, weil ja das Wort „frei“ hier aus freiem Willen leistende Menschen bezeichnet, und damit eben jene persönliche Initiative und freie Entscheidung zum Guten in sich birgt, die auch, diesmal auf der Geberseite, ein Teil dessen ist, was Ausdruck und Adel der persönlichen Freiheit sein könnte.

Industriezeitalter ohne Wohlfahrtsstaat?

So sehr das zu bedenken ist, so bleibt doch zu fragen, ob das neue Zeitalter ohne den Wohlfahrtsstaat ertragen werden könnte; es gibt ein Maß des Elends, des Gehetztseins, der physischen und psychischen Erschöpfung durch Not und Bedrängnis, das mit Selbstverantwortung und geistiger Freiheit nichts zu tun hat. Man müßte schon blind sein, um zu verkennen, daß das industrielle Zeitalter ganze Gruppen der Bevölkerung in ein Elend gestürzt hat, wie es früher der landsässigen Bevölkerung unbekannt war. Auch soziale Hilfe kann also Befreiung und Hilfe zu persönlichen Werten darstellen. Um das zu erkennen, braucht man nur die Studien über die tatsächlichen Verhältnisse des beginnenden Industriezeitalters zu lesen, die seinerzeit die Grundlage zur Sozialreform gewesen sind; und die letzten Eindrücke aus der Wilhelminischen Ära, die mir selber Erinnerung sind, weil meine Mutter die Gewohnheit hatte, alle ihre Putzfrauen zu Hause zu besuchen, sind mir in dieser Richtung unvergeßlich. Man müßte also auch hier ein wenig genauer abwägen, als ich das jetzt tun kann.

Die Rolle der Massenmedien

Ich möchte noch eines der vielen anderen gesellschaftlichen Einflußgebiete nennen und mit einigen Worten umreißen: das Gebiet der sogenannten Massenmedien. Darunter verstehen die Soziologen neuerdings alle die Vermittler von Wissen, Meinungen, Gefühlen, Bildern, Eindrücken, von der Bild-Zeitung bis zum Fernsehen, die darauf aus sind, aus Erwerbsgründen oder auch aus

einem echten Bildungsideal, oder auch um des politischen Erfolgs willen den Einzelnen vollzutrichern. Und das so lange, bis der Einzelne meint, er hätte diese Meinungen selbst durch Nachdenken gefunden, während er sie doch, wie man so schön sagt, gedankenlos nachspricht. Wenn Sie sich an die Unübersehbarkeit der heutigen Lebenszusammenhänge erinnern, von der ich vorhin gesprochen habe, so wird diese Rolle der Massenmedien erst recht unheimlich. Denn hier tut sich die ungeheuerliche Chance auf, die Menschen fortgesetzt zu betrügen. Eine echte Gegenkontrolle ist vom Einzelnen aus jedenfalls nicht mehr möglich, und es gehört schon ein ziemlich großer Optimismus dazu, zu glauben, daß durch eine möglichst weit gespannte Konkurrenz solcher Zeitungs-, Kino-, Radio- und Fernseheinflüsse ein Kampf um die Wahrheit entfesselt würde, bei dem die Besten immer Sieger bleiben müßten.

Was die Gesellschaftspolitik in diesem Zusammenhang tun oder unterlassen könnte, um die Dinge zu bessern, wird im zweiten Teil zur Sprache kommen. Hier ist nur daran zu erinnern, daß es sich, gewollt oder ungewollt, immer um erzieherische Einflüsse guter oder schlechter Art handelt. Für alle Massenmedien gilt nicht minder, was Jean Paul von den Büchern gesagt hat: „Wenn Bücher auch nicht gut oder schlecht machen, besser oder schlechter machen sie doch.“ Es geht bei den Massenmedien, wie mir scheint, um dreierlei:

einmal um die sachgerechte, wahrheitsgetreue Unterrichtung über Geschehnisse und Verhältnisse;

zweitens um die Wahrung und Weckung des ästhetischen Gefühls, des Schönheitssinns, wenn Sie so wollen, auf dessen feinere Ausbildung doch jeder nach seinen Anlagen ein Anrecht hätte;

und letztlich um das moralische Gefühl, um den Einfluß dieser Nachrichten- und Bilderwelt auf das sittliche Urteil darüber, was Recht oder Unrecht ist.

Es geht also m. E. eigentlich nicht darum, daß man die Massenmedien im ganzen verdammt und weniger Berieselung oder Beregnung mit allen diesen Einflüssen wünschen möchte. Ich glaube auch nicht, daß man sich den Überschwemmungseffekt allzu gefährlich vorstellen sollte. Die Erfahrung lehrt, daß die Menschen viele Schauer- geschichten zu sich nehmen können, ohne in ihrem engeren Lebensbereich von diesen Dingen stärker berührt zu werden. Der Einzelne hat ganz bestimmte Abschaltungseinrichtungen, je nachdem in welcher Verfassung er sich gerade befindet.

Lassen Sie mich mit diesen drei Ausblicken auf die integrierte Industriegesellschaft, den Wohlfahrtsstaat und die Massenmedien eine Zustandsbeschreibung abschließen, die beliebig erweitert werden könnte.

Versuch einer Gesamtcharakterisierung

Aber gerade weil diese Beschreibung so unfertig ist, möchte ich am Schluß dieses ersten Teils noch den Versuch einer Gesamtcharakterisierung machen:

Der Gesamtstil unserer Zeit, wie ihn etwa Hans Freyer in seiner „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ zu schildern versucht hat, weist eine Reihe von Eigentümlichkeiten auf, die erst verständlich werden, wenn man dieses unser Zeitalter mit der letzten einheitlichen Gesamtkultur einer ständischen Gesellschaft, also mit dem Barockzeitalter, vergleicht. Dann erst wird bewußt, wie stark sich die Dinge kompliziert haben: durch die Säkularisierung und Rationalisierung im Geistigen, durch die Möglichkeit vielfältigster Meinungen über Grundfragen, durch die Zersplitterung der Verhaltensregeln, und andererseits, im Materiellen, durch die Geschwindigkeit der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung, bei der die Väter nicht mehr verstehen, was den Söhnen bereits selbstverständlich ist.

Zeitalter der Paradoxe

In einer solchen Situation werden immer wieder Leute auftreten, die von der Unsicherheit der Menschen, also eigentlich von einem Zuviel an Wahlfreiheit sprechen, während andererseits den Vermittlern, den Meinungsmachern vorgeworfen wird, daß sie dem Einzelnen die persönliche Urteilskraft und Entscheidung abkaufen. Man könnte in unserem Zeitalter eine Menge solcher Paradoxe aufstellen. Wenn man aber weniger in der Literatur und mehr in seiner Lebensnachbarschaft Umschau hält, so sind die Dinge nicht ganz verworren. Die Art, wie die Menschen wohnen und leben möchten, ist im Grunde erstaunlich konservativ. Noch immer werden die meisten Kinder geliebt, gehegt und sorgfältig erzogen, und wenn man sie morgens mit ihren Frühstückskörbchen zum Kindergarten marschieren sieht oder in die Volksschule, so sind sie so gut angezogen, wie es früher höchstens an Sonntagen geschehen konnte. Die Richtung der Alltäglichkeit ist nicht so viel anders als früher. Zwischen die ganz großen Veränderungen, die bei tieferem Nachdenken voller Gefahr sind, und den Raum des Alltäglichen legen die Menschen offensichtlich eine Schutzschicht, damit nicht von den großen Umwälzungen das Leben, das jeder täglich zu bewältigen hat, mit hinweggerissen werde.

Auch das viele Reden von der pluralistischen Gesellschaft darf man nicht zu tragisch nehmen. Freilich gehört es zu der Konstitution unserer politischen Freiheit, daß es Pluralismus gibt. Und freilich gehört es zu allem geistigen Leben, daß Freiheit und Gegensatz möglich sind. Aber auch hier ist der faktische Lebensablauf weit weniger pluralistisch, als es scheinen möchte. Auch hier gibt es eine Paradoxie zwischen Freiheitsdrang und Haltsuchen. Und unsere sehr stabile parteipolitische Lage seit 1949 ist irgendwie doch ein Abglanz dieses geistigen Ruhebedürfnisses; dieser Unitarismus statt des Pluralismus, bei welchem man durchaus fragen könnte, ob es nicht eher des geistigen Gehorsams zuviel gibt.

Der schwierige Begriff der Freiheit

Was nun die Freiheit überhaupt angeht, so ist dieser so schwierige Begriff — psychologisch gewendet — erst recht paradox. Es kann sich das Gefühl der Freiheit in einer Ordnung einstellen, die uns völlig unfrei vorkäme, wenn nämlich dort nicht gewußt wird, daß andere Alternativen überhaupt existieren. Unfreiheit aber wird heute von vielen gerade in Ordnungen empfunden, in denen verschiedene Positionen enthalten und jederzeit möglich sind. Das Paradox der Freiheit besteht darin, daß sie erst bei einem bestimmten Freiheitsgrad vermißt werden kann.

Noch etwas Allgemeines, das zum Thema „Mensch und Gesellschaft“ gehört, hat der Sozialpsychologe Hofstätter in einem Buch mit dem Titel: „Gruppendynamik“ ausgeführt: Wir sollten uns, meint er, ganz und gar abgewöhnen, von Massen, Massenmenschen und Massenkultur zu reden, wenn wir den Menschen im Plural meinen. Er hat völlig eindeutig nachgewiesen, daß sich die Menschen nur in ganz extremen Ausnahmelagen, etwa bei einem Theaterbrand, als Masse, nämlich als kopflose Herde benehmen, und daß im übrigen die Gesellschaft aus lauter leidlich autonomen Menschen besteht, wie wir selbst es sind. Und er hat darüber hinaus ausführlich geschildert, wie dieses Gerede vom Massenmenschen entstanden ist und wer es vollführt: nämlich nur solche Personen, die sich selbst nicht dazu rechnen, und die auf diese Weise eine ganz unwahrscheinlich bequeme Methode erfunden haben, sich über ihre Mitmenschen erhaben zu fühlen. Alle Einzelheiten der zwingenden Beweisführung Hofstätters muß ich hier übergehen. Es scheint mir aber sehr wichtig, daß wir für unser Thema

den Komplex von Schlagwörtern, die mit „Massen...“ anfangen, ein für allemal ausschließen können, ja müssen, um überhaupt der Wahrheit der Dinge auf den Grund zu kommen. Dies sei nun die letzte Bemerkung in einer Tatsachenschilderung, die nicht mehr als eine ganz grobe Skizze sein konnte.

II.

Nun der zweite Teil: die Frage, was denn von der politisch organisierten Gesellschaft aus geschehen könnte, falls unsere zweite Prämisse Bestand hat, daß der Einzelne in seiner Initiative, in seinem Wirkungsraum gestärkt werden sollte. Auch hier kann ich nur eine Orientierung für die wesentlichsten Felder versuchen, auf denen sich solche Versuche abspielen könnten:

Humanisierung des Arbeitsablaufs

Der erste Ort ist die Arbeit, meist in einem fremd gesteuerten Betriebszusammenhang, oft in einem so festen Ablaufsystem von Verrichtungen, daß von einem natürlichen Verhältnis zu dieser Betätigung außer dem Geldverdiensten wenig übrigbleibt. Kein Zweifel ist freilich, daß die Entwicklung der industriellen Technik den Arbeitsinhalt wertvoller gemacht hat. Die Zahl der Arbeiten, die mit dem Kopf und nicht mit den Muskelkräften zu tun haben, nimmt in der technischen Fertigung ständig zu. Aufmerksamkeit, Verantwortung für sehr teure Maschinen und Materialien, alles das kann auch größere persönliche Beteiligung an der Arbeit bedeuten. Offensichtlich aber stehen wir erst in den Anfängen der wissenschaftlichen und praktischen Versuche, die moderne industrielle Arbeit nicht nur nach technischen Gesichtspunkten weiter zu entwickeln, sondern dabei den Effekt auf den Menschen mitbestimmen zu lassen.

Der französische Soziologe George Friedmann hat von dem erstaunlichen Resultat berichtet, daß es bereits Großbetriebe gibt, die zu weit getriebene Arbeitsteilungen, die nur einige stumpfsinnige Handgriffe übriglassen, wieder aufgegeben haben, die also versuchen, vergleichsweise sinnvolle Tätigkeiten wieder zusammenzusetzen. Hier liegt ein eigenes Feld der Industriepolitik, auf dem sogar Nachweise gelungen sind, daß solche Humanisierung des Arbeitsablaufs wirtschaftliche Vorteile bietet; nicht weil der Fluß der Technik dadurch erleichtert würde, sondern weil gerade die glattesten technischen Verläufe oft mit ständigem Arbeitsplatzwechsel und Ausfallzeiten derer bezahlt werden, die gar kein Verhältnis zu ihrer Arbeit finden können. Daß die Arbeitswelt der Büros für die Masse der Teilnehmer eher absinkt, statt an Intelligenz zuzunehmen, wird vielfach befürchtet. Auch hier stellt sich die Frage, wieweit man die Arbeitsplätze so zuschneiden könnte, daß sie menschenwürdiger sind als manche bei der jetzigen Mechanisierung, etwa des Rechnungswesens, übrigbleibenden Stöpseltätigkeiten.

Das Geschenk der Freizeit

Nun schwebt uns seit hundert Jahren die Hoffnung vor, daß diese fragwürdige, die Freiheit negierende Arbeitswelt durch die Einschränkung der Arbeitszeit, durch die Schaffung von Freizeit ein Gegengewicht erhalten, und so der Schaden wieder geheilt werden könnte. Sicherlich ist das heute möglich gewordene Maß an Freizeit, das es für die größte Zahl der Menschen in keiner Epoche der Geschichte zuvor gegeben hat, der merkwürdigste Umstand in der Geschichte der Einzelexistenz, den es überhaupt gibt. Aber noch ist alles offen, noch ist alle Welt stürmisch bemüht herauszufinden, was denn diese Freizeit eigentlich für die Beschenkten bedeutet.

Sie alle sind gewiß schon auf Tagungen gewesen, die sich mit der Frage beschäftigten, wie man diese Freizeit nun gestalten könnte. Hoffentlich sind Sie sich alle dabei auch darüber klargeworden, daß diese Fragestellung der Würde des Menschen und dem Worte Freizeit eigentlich bereits Gewalt antut. Daß eine umfassende Freizeitindustrie dabei ist, den Menschen die unwahrscheinlichsten Möglichkeiten zum Geldausgeben und zur Anstrengung seiner physischen und geistigen Kräfte anzubieten, ist ein notwendiges Korrelat der Vollbeschäftigung. Es ist lange nicht so gefährlich als der gewalttätige Reformeifer derer, die meinen, sie wüßten besser als der Einzelne, wie er seine Freizeit verbringen soll. Der 8-Stunden-Tag, die 5-Tage-Woche, die Ferien für jedermann eröffnen ungeahnte Möglichkeiten. Aber sie sind so neu, daß es viel zu früh wäre, wenigstens in einer freien Gesellschaft, in diesem Raum herumregieren zu wollen. Freizeitgestaltung ist schon deshalb ein falsches Wort, weil es nur darum gehen könnte, den Einzelnen, der jetzt Zeit dazu hätte, für wertvolle und begreifliche Ziele zu gewinnen, die auf die freie Mitwirkung des Einzelnen rechnen müssen. Mir scheint also, daß man nicht untätig bleiben muß, aber man sollte diejenigen auf die Freizeitleiter losmarschieren lassen, die politische, kirchliche, soziale, meinetwegen auch künstlerische, sportliche und andere Lebensäußerungen, wie sie in jedem Volke wachsen, mit Begeisterung vertreten. Und wenn sich dann schließlich einer dem allen versagt, weil er ein unverbesserlicher Leser oder ein Bastler im eigenen Häuschen ist, oder weil er eine kranke Frau hat, für die er spülen und putzen muß, so laßt ihn gewähren. Das Geschenk der Freizeit ist so neu, daß wir noch lange Zeit das Recht lassen müssen, zu experimentieren.

Ein eigenes Haus...

Ein ganz anderes Gebiet, das den Status des Einzelnen entscheidend bestimmt, ist das Wohnungswesen. Gerade hier muß ich freilich auf meine behelfsweise vorgenommene Definition des Einzelnen als des Einzelhaushalts zurückgreifen. Es ist gar keine Frage, daß die Unterwerfung unter die Parolen der Gesamtheit, daß die innere und äußere Abhängigkeit mit schlechter Wohnungsversorgung automatisch wächst, wie denn schließlich ein Endzustand der Unterwerfung und Fremdbestimmung im Flüchtlingslager verwirklicht worden ist. Daß wir dem bisher durch jährlich 500 000 neue Wohnungen sehr wirksam begegnet sind, ist kein Zweifel. Es geht aber nicht nur darum, die Wohnung als unentbehrliches Gehäuse, als die unerläßliche Vorbedingung gesunder Familienbegründung zu betrachten. Es geht um einen wichtigen Bestimmungsgrund der Lebensform und der Kultur. Nun sind viele Menschen in Deutschland überzeugt, daß wir trotz der scheinbaren Grenzen der Baubeschaffung durchaus in der Lage wären, den glücklichen Zustand in den Vereinigten Staaten anzustreben, daß die große Mehrzahl aller Familien mit Kindern ein eigenes Haus hat. Was ein eigenes Haus für die Selbstbetätigung aller Beteiligten und für das gesunde Selbstgefühl einer Familie bedeutet, ist unabsehbar. Vor 80 Jahren hat Gustav Schmoller, der Senior der deutschen Sozialpolitik, geschrieben: „Natürlich ist alle menschliche Gesittung ein unendlich kompliziertes Produkt geistiger und materieller Einflüsse, aber unter den materiellen ist keiner wichtiger als die Wohnung.“

Verbesserung der Einkommensumverteilung

Was das Kapitel „Daseinsvorsorge“ angeht, das sich als ein weiterer Abschnitt einer möglichen Gesellschaftspolitik anschließt, so glaube ich, daß im Augenblick die Dinge ziemlich geklärt sind. Es besteht eine gewisse Übereinstimmung in der Meinung, daß die Einkommensumverteilung, die bereits heute etwa 42% von Lohn

und Gehalt beansprucht — wenn man nämlich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, Einkommensbesteuerung und indirekte Besteuerung, soweit sie den sozialen Aufwand finanzieren, zusammenzählt —, nicht mehr wesentlich gesteigert werden kann, ohne die Prinzipien des Arbeitsentgelts und die Lebensgrundlagen der jungen arbeitenden Familienväter völlig in Frage zu stellen.

Die Weiterentwicklung kann also eigentlich nur in einer besseren Anwendung der vorhandenen Mittel der Umverteilung liegen. Das ist eine für jede Sparte der sozialen Sicherung verschiedene, oft eine technische Spezialfrage, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann. Daß sehr viel Geld sozial wirkungslos gezahlt wird, steht freilich fest. Und deshalb wäre nach wie vor aller Anlaß gegeben, die Dinge einmal gründlich zu überlegen.

Eigentumsbildung von unterschiedlichem Wert

Gesellschaftspolitisch wichtiger ist zweifellos alles, was sich für die Stärkung der eigenen Initiative des Einzelnen und des Einzelhaushalts in Fürsorge und Vorsorge tun läßt. Ich will die bereits geäußerte Sorge, daß hier gelegentlich offene Türen eingerannt werden, nicht weiter ausspinnen. Eines aber scheint mir bei allen zur Zeit laufenden Vorschlägen zur Eigentumsbildung nur zu leicht vergessen zu werden: Der Wert der Eigentumsbildung für die Selbstverantwortung und Aktivität des Einzelnen ist je nach den Investitionsarten, die gewählt werden, sehr verschieden. Geldsparen und Aktienbesitz zum Beispiel haben höchstens allgemeinen Vorsorgecharakter für die Zukunft. Sachbesitz, vor allem der Besitz eines eigenen Hauses oder Gartens, hat dagegen einen völlig anderen Charakter. Auch damit kann man Vorsorge treiben, z. B. für das Alter. Vor allem aber bindet man damit sich selbst an die Pflege und Erhaltung eines wertvollen Gutes, man schafft sich eine kleine eigene Welt, der man die Treue halten muß. Das ist etwas völlig anderes, als wenn man die Zinsen eines Kapitals auf sich herunterregnen läßt.

Ich muß mich mit diesem Hinweis auf den völlig verschiedenen Charakter der verschiedenen Eigentumsformen begnügen, zumal ich das Wohnungseigentum bereits unter einer anderen Überschrift erwähnt habe. Unsere Großeltern hatten ohnehin ganz andere Vorstellungen, auch im bäuerlichen Bereich, über den Mindestbestand eines ordentlichen Haushalts an den verschiedenartigsten Dauergütern, die man hegen und pflegen mußte, ja die den Kindern tradiert wurden, so daß die Servietten manchmal erst in der dritten Generation aufgebraucht werden konnten. Man mag das für sehr kleinkariert oder stumpfsinnig ansehen, aber alle diese Arten des Eigentums haben positive, weiter reichende Folgen, auch für den Familienzusammenhang, als jene Kapitalanlagen, die heute fast die ganze Diskussion beschäftigen.

Zensur und Niveau

Zu einer Persönlichkeitspolitik gehört auch die Frage der sogenannten Massenmedien, wie ich sie vorhin beschrieben habe. Wie kann man dahin wirken, daß diese Massenmedien den Einzelnen besser unterrichten, ihm echte Werte vermitteln, vielleicht gar die Ehrfurcht stärken? Hier ergibt sich zunächst einmal die Frage, wieweit in einer freien Gesellschaft Meinungsfreiheit herrschen soll, was Pressefreiheit bedeutet, wieweit Rundfunk und Fernsehen gelenkt werden dürfen, wo die Grenzen der Zensur liegen, etwa beim Film. In allen diesen Punkten glaube ich, daß wir Zensur genug haben und manchmal etwas zuviel. Alle Einwirkungen der Zensur, die gelegentlich grobe Verstöße verhindert, haben bisher nicht die Folge gehabt, daß unsere illustrierten Zeitschriften, um nur ein Beispiel zu nennen, nun das Niveau besäßen, das etwa

die amerikanische Zeitschrift „Life“ mit ihrer 7-Millionen-Auflage hat, oder ein so sauberes und objektives Blatt wie die „Schweizer Illustrierte“.

Staat sollte Beispiel geben

Wo im einzelnen die Grenzlinien zwischen Einwirkung und Freiheit liegen mögen, sei dahingestellt. Nur soviel ist sicher: Wenn von Regierung wegen öffentliche Meinung gemacht wird, wenn Blätter subventioniert oder sogar in eigener Regie herausgegeben werden, wenn überhaupt der Staat zu seinen Bürgern spricht, so sollten wenigstens diese Erzeugnisse des öffentlichen Geistes ein hohes Niveau halten, ein Beispiel sein, einen ausgleichenden und berichtigenden Effekt haben gegenüber den Parteien in einer freien Gesellschaft. Leider ist das keineswegs der Fall. Wir haben hochsubventionierte Organe von sehr geringem Gehalt und könnten in dieser Richtung für Menschenbildung ganz erheblich mehr tun, wenn die geistige Qualität solcher Einflüsse verbessert werden würde. Ein solcher Wunsch mag fremdartig klingen. Aber man braucht nur einmal auf die traditionelle Verbindung zu schauen, die in Frankreich zwischen der höchsten Geistigkeit und der Regierung besteht, um sich klar zu werden, daß es nicht überall so sein muß, daß Geist und Staatsmacht möglichst weit voneinander wohnen. Professor Theodor Heuss war bei uns die einzige merkwürdige Ausnahme.

Das Angebot an Bildungsgütern

Lassen Sie uns dieses Gebiet jedoch nicht zu eng fassen. Es handelt sich ja um einen großen Komplex. Bildung wird zwar durch jeden Einzelnen selbst erworben, der von einer Sache ergriffen wird und sie verarbeitet. Aber das Angebot an Bildung — und darum geht es — ist eine gesellschaftspolitische Angelegenheit, geteilt zwischen den freien Kräften und der staatlichen Hilfe. Sie wissen alle, wie außerordentliche Ansprüche die Bildungspolitik nicht nur an den Geldbeutel, sondern auch an das Nachdenken stellt. Die Dauerdebatte um die Universitätsreform ist nur eine oberste Spiegelung der Gesamtaufgabe. Möchte das Erschrecken über die Größe der Aufgabe recht lange währen.

Lassen Sie mich noch ein tröstliches Beispiel dafür anführen, was der freie Markt der Bildungsgüter vermag: Jahrzehntlang ist geklagt worden, daß auf den Bahnhofen wie an den Kiosken überhaupt nur Schund zu kaufen sei, und eifrige Stellen haben sich um besseren Lesestoff, meist mit geringem Erfolg, bemüht. Völlig ohne behördliches Zutun hat nun vor etwa 12 Jahren nach dem mutigen Alleingang eines einzelnen Verlegers eine wahre Überschwemmung mit billigen Werken der Weltliteratur eingesetzt, von denen früher niemand geglaubt hätte, daß der Mann auf der Straße so etwas überhaupt lesen würde. Sie können ruhig die Probe machen: Gehen Sie auf den Mannheimer Hauptbahnhof. Sie werden einige hundert der wertvollsten Bücher der Welt zu billigsten Preisen und in Massenaufgaben angeboten finden; und sie werden nicht nur angeboten, sondern auch gekauft und gelesen. Das reicht von Tolstoj und Mörike zurück bis zu Homers Odyssee, von schwächeren Stoffen ganz zu schweigen, etwa von den wissenschaftlichen Reihen, die auch mit ungeheuren Auflagen arbeiten. Mir schiene es durchaus der Mühe wert, die näheren Umstände, die zu diesen höchst erfreulichen Überraschungen geführt haben, einmal näher zu untersuchen.

Verfall echter Mitwirkung

Das letzte Gebiet einer Gesellschaftspolitik, das ich unter den wünschbaren Anstrengungen für ein richtiges Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft

nennen möchte, handelt nun nicht mehr von der Verfassung des Einzelnen oder des Einzelhaushalts und seines Lebensraumes, sondern wirklich und endlich von dem „und“ in einem neuen Sinne: nämlich davon, daß unsere ganzen Bestrebungen zugunsten des Einzelnen ja darauf hinausführen sollen, daß auch die Gesellschaft von der aktiven Mitwirkung, vom Verständnis und von der moralischen Zustimmung der Bürger dieses Staates getragen wird. Dabei fällt mir übrigens noch ein Beispiel zu den bildungspolitischen Fragen ein: das Stuttgarter Monatsblatt „Der Bürger im Staat“, das ein sehr gutes Beispiel dafür abgibt, was saubere politische Bildungsarbeit aus öffentlichen Mitteln sein kann.

Die Mitwirkung des Einzelnen im Staate, dieses Grundproblem der Demokratie, ist allerdings wiederum ein Thema, das uns wochenlang beschäftigen könnte, und jederman weiß, daß die idealen Mitwirkungsverhältnisse der Schweizer Urkantone nicht einmal in der Schweiz mehr funktionieren, noch viel weniger bei uns. Hier liegt zweifellos der größte Verlust an Verbindung zwischen der privaten Sphäre des Einzelnen und den öffentlichen Angelegenheiten vor — ein Verlust, der sich seit dem Anfang dieses Jahrhunderts immer schärfer herausgebildet hat. Die Entwicklung der Verbände ist dafür ein genauer Gradmesser. Die Regierungsform besagt hier sehr wenig, wie ja auch kein Zweifel ist, daß die bürgerliche Gesellschaft und auch die sozialistische Arbeiterschaft zur kaiserlichen Zeit sich oft weit liberaler, aktiver und streitbarer geriert haben, als wir das heute gewohnt sind. Der Verfall echter Mitwirkung ist in erster Linie eine Folge der immer größeren Komplizierung und Spezialisierung der öffentlichen Verwaltung, was einer Kapitulation des gemeinen Bürgerverstands vor den Fachleuten gleichkommt.

Der größte Bereich öffentlicher Angelegenheiten, in dem über Verzicht oder Mitwirkung entschieden wird, scheint mir immer noch die Gemeinde zu sein, die bürgerliche Gemeinde zunächst. Die Durchpolitisierung auch der großen Stadtverwaltungen zieht zwar viele aktive Kräfte an, aber sie stößt auch viele ab. Der Gesamterfolg hängt freilich immer noch von der persönlichen Haltung des Stadtoberhauptes ab und von seiner Unabhängigkeit gegenüber der Parteibürokratie, die ihn völlig bestimmen möchte.

Ausschaltung ehrenamtlicher Tätigkeit

Weitere Felder gesellschaftlicher Aktivität sind die Kirchengemeinden, das Vereinswesen, die freie Wohlfahrtspflege. Gerade im Blick auf letztere ist zu sagen, daß es großer neuer Anstrengungen bedürfte, um die entstandenen Verluste einigermaßen auszugleichen. Ich will nicht davon sprechen, daß heute die öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherheit und der Fürsorge fast den ganzen Raum bedecken, in dem früher die freie Wohlfahrtspflege eine große Rolle spielte. Mir geht es hier vielmehr um die Tatsache, daß die ehrenamtliche Tätigkeit, die noch vor hundert Jahren das Elberfelder

System innerhalb der öffentlichen Fürsorge hervorgerufen hat, immer weiter ausgeschaltet worden ist — nicht zuletzt durch den seit Anfang dieses Jahrhunderts verwirklichten Gedanken, daß soziale Arbeit heute einen gelernten Beruf voraussetze, daß sie ein Maß von Kenntnissen des Rechts, der Soziologie, der Psychologie, der Sozialpädagogik und des Verwaltungswesens verlange, das dem ehrenamtlichen Helfer nicht mehr zugemutet werden könne.

Das Endziel einer richtigen Ordnung

So wahr das alles ist, so groß ist doch der Verlust, wenn der Grundsatz, daß die Hilfe für die Schwachen die edelste Aufgabe jeder Gemeinschaft ist, aus dem persönlichen Wirkungsfeld des Einzelnen, nachbarlich Beteiligten, gewissermaßen herauspräpariert wird. Das muß nicht ganz so sein. Es gibt auch heute noch Formen der Kooperation, aber sie müßten mit Fleiß gesucht und ausgebaut werden, statt den bequemeren Weg der Nur-Fachleute weiterzugehen. Es geht uns ja nicht darum, den Einzelnen vor der Gesellschaft zu schützen, gleichsam einen Naturschutzpark des Individuums zu errichten und die öffentlichen Angelegenheiten den sogenannten berufenen Trägern, ob öffentlich oder privat, zu überlassen. Genau das Gegenteil muß das Endziel einer richtigen Ordnung sein, was den Einzelnen und die Gesellschaft in ihrem Verhältnis angeht. Darüber herrscht, so meine ich, unter uns kein Zweifel. Deshalb habe ich wenigstens einige Anwendungsgebiete dieses Grundverhältnisses, dieser Kooperation in ihrer prekären Lage, bezeichnen wollen.

Jenseits aller gesellschaftlichen Gebilde ...

Lassen Sie mich mit einem letzten Hinweis schließen: Wenn ich hier darauf ausgegangen bin, das Recht auf persönliche Autonomie gegenüber dem staatlichen Verband und den übergeordneten gesellschaftlichen Mächten zu verteidigen, so habe ich das nicht nur deshalb für richtig gehalten, weil ich der Auffassung bin, daß ein gesundes Staatsleben ohne aktive und freie Bürger nicht bestehen kann, obgleich ich auch davon sehr überzeugt bin. Ich glaube vielmehr, daß man einen Augenblick noch weiter hinausgehen muß, darauf nämlich, daß der Mensch als Geschöpf einen eigenen Status hat, daß er nicht damit abschließend beschrieben ist, daß er ein Mitglied der Gesellschaft, ein Bürger eines Staates, ja auch Teil einer Familie sei. Er ist nicht nur Gegenstand einer somatischen und psychologischen Anthropologie. Nur der Mensch — der einzelne Mensch — ist auch Gegenstand einer theologischen Anthropologie; nur er bedarf der Rechtfertigung, nur ihm gelten die Seligpreisungen der Bergpredigt. Hier ist ein Raum jenseits aller gesellschaftlichen Gebilde. Ich kann es nicht anders ausdrücken: Ich bitte Sie, an ein Bild Michelangelos in der Sixtinischen Kapelle zu denken, das Sie sicher alle kennen — an das Bild aus der Schöpfungsgeschichte, dem man den Namen gegeben hat: „Die Beseelung des Adam“.

DIE FREIHEIT IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

II. Referat auf der 8. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Akademiedirektor D. Dr. Eberhard Müller, Bad Boll

„Der Ameisenstaat kommt doch. Wir wehren uns nur noch ein bißchen.“ So sagte mir vor Jahren ein großer liberaler Unternehmer unseres Landes, mit dem ich mich über Freiheitsprobleme in der modernen Industriegesellschaft unterhielt. Ich war mit ihm in der Erkenntnis einig, daß das Handeln jedes Menschen immer mehr mit dem anderen Menschen verflochten ist und daß Freiheit immer weniger gleichbedeutend sein kann mit dem Begriff der Selbständigkeit. Der königliche Kaufmann und der freie Bauer sind weithin ein Traum geworden. Und darum fühlte sich dieser liberale Unternehmer gewissermaßen als einer der „letzten Goten“, die den letzten Rest der Freiheit, den sie noch zu besitzen glauben, verteidigen, ehe auch er zu Grabe getragen wird.

Unsere heutige Jugend interessiert sich nicht für die Romantik der letzten Goten, seit dieser Heroismus in Gotenhafen untergegangen ist. Sie fragt ganz nüchtern, ob die Freiheit mit der Funktionsfähigkeit der modernen Gesellschaft vereinbar ist. Die Jugend will leben. Sie will eine Zukunft haben. Sie will daher wissen, ob die Freiheit das Leben hemmt oder fördert, ob sie in der arbeitsteiligen Gesellschaft eine Zukunft hat und inwiefern sie eine Zukunft hat.

An dieser Frage entscheidet sich insbesondere die Stellungnahme der jungen Völker zur freien Welt. Solange noch die Fremden im Lande sind, erscheint ihnen zwar die Freiheit als das höchste Gut, das ihnen nur von den Fremden vorenthalten wird. Sobald sie aber im Besitz der Freiheit sind, fragen sie sich sofort, ob es nicht doch besser sei, eine starke Hand über sich als die Hand eines jeden gegen sich zu haben.

Passen demokratische Staatsform und freie Wirtschaft für Völker, die jahrtausendlang kollektivistischen Religionssystemen anhängen und den Begriff der Person im europäischen Sinne überhaupt nicht kennen? Das kann man mit Ernst fragen. Jedenfalls sollte man nicht so tun, als ob es in der Politik nicht auf das sittliche Koordinatensystem ankomme und damit auf die weltanschaulichen Grundlagen, auf denen das Gemeinschaftsgebilde eines ganzen Volkes ruht.

I.

Wenn wir den Problemkreis der Freiheit in der modernen Gesellschaft einer näheren Betrachtung unterziehen wollen, so müssen wir uns zunächst überlegen: Gibt es etwas zwischen dem Kollektivismus des Kommunismus und der östlichen Religionen auf der einen und einer bürgerlichen Freiheitsromantik auf der anderen Seite? Ich glaube, zeigen zu können, daß genau auf der Mitte zwischen beiden, und zwar genau dort, wo die Freiheitsprobleme der modernen Gesellschaft liegen, der Freiheitsbegriff des christlichen Glaubens seinen Platz hat. Martin Luther hat diesen Begriff in seiner einzigartigen Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ beschrieben. Da ich den Auftrag habe, das Thema auch als Theologe zu behandeln, erlauben Sie mir, daß ich zunächst die theologischen Grundlagen dieses Freiheitsbegriffes darlege.

Nach der Heiligen Schrift ruht die Freiheit des Menschen auf vier Säulen:

1. auf der Begrenzung der Allmacht durch die Liebe;
2. auf dem Gestelltsein des Menschen in die sittliche Entscheidung;

3. auf der Bändigung des Bösen durch Recht und Gewalt;
4. auf der Befreiung und Erweckung der Gewissen durch das Opfer.

Lassen Sie mich diese vier Säulen kurz betrachten:

Begrenzung der Allmacht

„Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Erde.“ So beschreibt das erste Kapitel der Bibel den göttlichen Schöpfungswillen und die Bestimmung des Menschen. Das Wesen des Menschen besteht darin, daß es in einer polaren Beziehung zu seinem Schöpfer steht, wie das Spiegelbild zu seinem Urbild. Es ist die Polarität der Liebe, die in der väterlichen Gesinnung Gottes begründet ist. Im zweiten Kapitel der Bibel ist das bildhaft beschrieben mit den Worten: „Als Gott, der Herr, gemacht hatte allerlei Tiere auf dem Felde und allerlei Vögel unter dem Himmel, brachte er sie zu dem Menschen, daß er sähe, wie er sie nannte; denn wie der Mensch lebendige Tiere nennen würde, so sollten sie heißen.“ Diese Worte wollen zeigen, daß Gott wie ein Vater seine Allmacht begrenzt, um dem Kind einen eigenen Besitz und damit eine eigene Gestaltungsmöglichkeit und Herrschaft einzuräumen. Dieser Raum der Geborgenheit für die menschliche Person, die Gott in seiner Allmacht ausgespart hat, ist die Grundlage der menschlichen Freiheit.

Die Begrenzung der Übermacht und die Schaffung eines Schutzraumes für den werdenden Menschen ist damit die erste Aufgabe auch der menschlichen Vaterschaft. Das, was wir heute in einem christlichen Raum unter „Väterlichkeit“ verstehen, ist keine naturhafte Größe, und sie ist auch nicht in der ganzen Welt in ihrer sittlichen Bedeutung anerkannt. In den Ländern des Ostens — aber auch im alten Rom — ist dem Vater die unbedingte Verfügungsgewalt über seine Kinder gegeben. Nicht die Polarität der Liebe, die beiderseitige Verpflichtungen auferlegt, sondern die väterliche Potestas, die Macht, ist dort das Rückgrat des Rechtes. Nach dem Epheserbrief dagegen ist jeder Vater verpflichtet, „seine Kniee zu beugen vor dem Vater, von dem alle Vaterschaft ihren Namen hat“. Indem die Väter Europas lernten, vor diesem himmlischen Vater ihre Kniee zu beugen, wuchs ihr Freiheitsbegriff über den der alten Römer hinaus. Sie lernten, daß Freiheit nicht nur ein Vorrecht der Freien, der Erwachsenen und der Männer ist, sondern daß sie zum Wesen des Menschen gehört, weil Gott geboten hat, daß selbst dem unmündigen Kind, erst recht dem erwachsenen Arbeiter ein Raum der Freiheit und der eigenen Gestaltung gehört.

Ruf ins Engagement

Allerdings kann in einem Raum der Freiheit wahre Freiheit erst wachsen, wenn der Mensch in diesem Raum der Freiheit in die Entscheidung gestellt wird. Die Affenliebe mancher Mütter führt die Kinder nicht in die Freiheit, sondern macht sie zu Sklaven ihrer Wünsche. Wahre Freiheit entsteht nur dadurch, daß der Mensch ins Engagement gerufen wird. Das göttliche Gebot und die Pflichten, die den Kindern von den Eltern aufgelegt werden, laden in jene Gemeinschaft des Vertrauens, des Gebens und Nehmens ein, die den Inhalt wahrer Freiheit ausmacht. Friedrich Nietzsche hat es im „Zarathustra“ wunderbar formuliert mit den Worten:

„Frei nennst du dich? Deine herrschenden Gedanken will ich hören und nicht, daß du einem Joche entronnen bist! Bist du ein solcher, der einem Joche entrinnen durfte? Es gibt manchen, der seinen letzten Wert wegwarf, als er seine Dienstbarkeit wegwarf. Frei wovon?“

Was schiert das Zarathustra? Hell aber soll mir dein Auge künden, frei wozu?“

Schlichter und noch tiefer sagt es das lateinische Wort: „Deo servire summa libertas — Gott dienen ist die höchste Freiheit.“ Jede wahre Freiheit ist das Leben in einer Ellipse, die um zwei Mittelpunkte kreist: Gott und Mensch. Ich und Du, der Einzelne und die Gemeinschaft.

Das dritte Kapitel der Bibel sagt, daß diese von Gott geordnete Bewegung des Menschen gestört sei dadurch, daß der Mensch aus eigener Macht werden wolle wie Gott. Das ist der Versuch, aus der Ellipsenbewegung eine Kreisbewegung mit nur einem Mittelpunkt zu machen. Dabei ist es ziemlich gleichgültig, ob in diesem Mittelpunkt wie bei den Mohammedanern Gott, wie bei den Kommunisten das Kollektiv, wie bei den prinzipiellen Liberalisten das Individuum oder wie bei den Fanatikern irgendein menschlicher Wert steht. Alle sittlichen Haltungen und alle politischen Systeme, die diese Kreisbewegung zum Ziele haben, laufen auf dasselbe hinaus: auf irgendeine Art von Totalitarismus. Es muß darum als eine scheinbare Verirrung betrachtet werden, wenn in der Sowjetzone einzelne „fortschrittliche“ Pfarrer behaupten, die Parole: „Vom Ich zum Wir“, die heute dort bei der Durchsetzung der Kolchoswirtschaft verkündet wird, sei auch ein christliches Anliegen. Die Bibel weiß, daß der Wir-Kreis nicht besser ist als der Ich-Kreis; der Egoismus und der Kollektivismus sind Folgen derselben Erscheinung: der Störung der Polarität zwischen Mensch und Gott, zwischen Ich und Du. Nach der Heiligen Schrift sind die Versklavung der schwächeren Frau und die Vernichtung des menschlichen Schaffens durch die Blutrache die ersten Folgen dieses Abfalls der Menschen von der göttlichen Ordnung.

Bändigung des Bösen

Die zwei weiteren Säulen, auf denen die menschliche Freiheit ruht, sind dazu bestimmt, in einer göttlichen Gnadenordnung die Absicht der göttlichen Schöpfungsordnung wieder herzustellen. Die Bändigung des Bösen durch Recht und Gewalt ist also nicht nur eine göttliche Erlaubnis, sondern ein göttlicher Befehl, der bis zum Ende dieses Aons, bis zum sogenannten jüngsten Tag in Geltung ist. Die Probleme, die uns heute beim Nachdenken über die Frage der Sicherung des Rechts und der Freiheit beschäftigen, sind schon im 7.—9. Kapitel des ersten Buches der Bibel klarer gesehen als von manchen Intellektuellen unserer Zeit. In einer eindrucksvollen plastischen Geschichte wird dort beschrieben, daß überall, wo das Böse nicht gebändigt ist durch das Schwert, der Zwang zum Bösen bis hin zur Verderbnis der unschuldigen Jugend ein Gesetz dieser Welt wird. Unter dem Zeichen des Regenbogens, der das Zeichen des Friedens ist, hat darum Gott im noachitischen Bund dem Menschen zum Schutze des Rechts das Schwert in die Hand gelegt mit den Worten: „Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder durch Menschen vergossen werden; denn Gott hat den Menschen nach seinem Bilde gemacht.“ Diese Worte wollen sagen, daß die eigentliche Bestimmung des Menschen, nämlich das Leben in der freien Polarität des Vertrauens und der Liebe unmöglich wird, wenn nicht ein Damm errichtet ist, der das Überhandnehmen des Bösen verhindert. Die Verpflichtung, diesen Damm zu bauen, wird durch kein Ereignis der Weltgeschichte, auch nicht durch die Erfindung der Atombombe, aufgehoben. Die christliche Kirche versäumt ihr Amt, wenn sie nicht allen

schwärmerischen Irrtümern zum Trotz auf diese Tatsache hinweist. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ wird in eine Magna Charta für Mörder verwandelt, wenn es auf die Verpflichtung begrenzt wird, nur selber auf Mord zu verzichten. Das Gebot fordert auch, den Mord, notfalls mit staatlicher Gewalt, zu verhindern. Diese Verpflichtung hört auch nicht auf, sondern sie wird verstärkt, wenn es sich nicht um Mord an einzelnen, sondern um den Völkermord, um die Zerstörung des Menschseins und der menschlichen Freiheit handelt.

Nach evangelischem Verständnis, das nach evangelischer Auffassung dem biblischen Verständnis entspricht, hat aber die staatliche Gewalt nicht die Pflicht und die Möglichkeit, mit dem Schwert in der Hand den Menschen gut zu machen. Sie hat nur die Pflicht, die Entscheidungsfreiheit, die in einem Zwang zum Bösen aufgehoben ist, wiederherzustellen. Sie hat die Pflicht, dem Überhandnehmen der Selbstsucht zu wehren und der Ohnmacht des guten Willens aufzuhelfen. Sie hat Raum zu schaffen für die Entwicklung des Guten, aber sie muß sich demütig mit der Tatsache abfinden, daß die Saat des Guten in die Herzen, das Keimen dieses Samens und seine Ausbreitung nicht der Macht, sondern dem Geist vorbehalten ist, dem die Macht eine Chance geben soll. Martin Luther beschreibt das in seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ mit den Worten:

„Darum muß man diese beiden Regimente mit Fleiß unterscheiden und beides bestehen lassen: Eins, das fromm macht; das andere, das äußerlich Frieden schafft und bösen Werken wehret. Keins ist ohne das andere genug in der Welt... Wo nun weltliches Regiment oder Gesetz allein regiert, da muß eitel Heuchelei sein, wenn's auch gleich Gottes Gebote selber wären.“

Es kommt also nach evangelischem Verständnis alles darauf an, daß der Staat sich weder in seinem Amt, das Recht und die Freiheit zu schützen, irremachen läßt, noch daß er es überschreitet und glaubt, es läge in seiner Macht, selbst das Leben des Geistes zu wecken. Es ist aber in der modernen Gesellschaft, wie wir nachher noch sehen werden, außerordentlich schwer, diese Ordnungen festzusetzen bzw. einzuhalten. Sehr häufig werden heute mit der Forderung der Freiheit, ja sogar mit der Forderung der Geistesfreiheit Verhältnisse verteidigt, die in Wirklichkeit die sittliche Entscheidungsfreiheit des Menschen bedrohen. Die Frage, wie die Verteidiger der Freiheit, ob sie nun mit dem Schwert oder mit der Feder kämpfen, davor bewahrt werden können, daß sie den Feinden der Freiheit in die Hände fallen, ist eines der zentralen Probleme der modernen Sozialethik und Gesetzestheorie.

Befreiung und Weckung der Gewissen

Keine Gemeinschaft kann existieren, wenn sie nur durch das Band der äußeren Macht und des Rechts zusammengehalten ist. Die Potestas, die Macht, bedarf der Ergänzung durch die sittliche Autorität. Und damit sind wir bei der vierten Säule, auf der die menschliche Freiheit ruht, bei der Befreiung und Weckung der Gewissen durch das Opfer.

Im Johannesevangelium sagt Jesus: „Wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht. So euch aber der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.“ Dieses Wort weist uns auf den Tatbestand hin, daß nur derjenige wahrhaft frei ist, dessen Gewissen gewonnen ist für das Gute, für die Hingabe seiner selbst an den Nächsten, an die Gemeinschaft und an Gott. Diese Gewinnung kann nicht durch Zwang geschehen. Sie kann auch nicht durch Lehre, durch menschliches Reden vermittelt werden. Sie kann nur durch eine Kettenreaktion der Liebe entstehen, deren Initialzündung vom Geist Gottes selbst ausgeht. An dieser Stelle wird die zentrale Bedeutung des Opfers Christi von Golgatha für das innere Gefüge der Völker deutlich. Auch die Gemeinschaften der freien Völker und

damit die Staaten leben von dieser belebenden Kraft des Opfers, der Liebe; womit nicht gesagt sein soll, daß es nicht auch außerhalb des geistigen Einflusses Christi (wie einst beim barmherzigen Samariter) solche Opferbereitschaft gibt. Die Frage, wie diese Bereitschaft — wo sie fehlt — in den Herzen erweckt werden kann und wie der Erstickung dieser Bereitschaft durch Übermächtigkeit gesellschaftlicher oder dämonischer Mächte gewehrt werden kann, ist von grundlegendem politischem Interesse. Die Frage der Erweckung des Bürgersinns kann von der Frage, wie die sittlichen Quellen erschlossen werden können, aus denen ein Bürgersinn fließt, gar nicht getrennt werden. Vor allem ist mit Sorgfalt die Frage zu überlegen, wie staatliche Bemühungen um eine Weckung des Bürgersinns davor bewahrt werden, ihn zu zerstören. Zerstörend wirken die Machtmittel der Gewalt, der Organisation und des Geldes dann, wenn sie mehr versuchen als die Eröffnung und Verbesserung einer Chance für das Gute, für die persönliche Opferbereitschaft der Menschen. Wo staatliche Machtmittel selbst den Bürgersinn zu wecken, ihn also zu kaufen oder zu erzwingen versuchen, erhöhen sie diese Chance nicht, sondern vernichten sie. Die Frage bleibt allerdings bestehen, ob in dem modernen Staatswesen nicht weit mehr Möglichkeiten für den Staat gegeben sind, um der erweckenden Kraft des Opfers und des Geistes eine Chance zu geben und den Gegenkräften eine Grenze zu setzen.

II.

Ehe wir aber darauf eine Antwort suchen, müssen wir uns zunächst klar werden darüber, welche Erscheinungen der modernen Gesellschaft die vier Säulen, auf denen die Freiheit ruht, zu untergraben und ihre tragende Wirkung auszuschalten drohen. Fragen wir also in einem zweiten Teil: Wodurch ist in der modernen Gesellschaft die Freiheit in ihren Grundlagen und in ihren einzelnen Lebensäußerungen gefährdet? Was kann gegen diese Gefährdung getan werden?

Auflösung der Familie

Theodor Heuss hat einmal das gute Wort gesprochen: die Familie sei die Herberge der Freiheit. Diese Herberge zu schützen und zur Erfüllung ihrer Funktion die Wege zu ebnen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Es wäre Sozialromantik, wollte man sich darauf zurückziehen, daß es ja nicht Aufgabe des Staates ist, in die Intimsphäre der Familie einzugreifen, und wollte man daraus folgern, daß also die Erhaltung und Förderung der Familie nicht in den politischen Aufgabenbereich fallen. Das heutige Problem der Familie besteht gerade darin, daß die moderne Gesellschaft in der verhängnisvollsten Weise in die Familie hineingewirkt und dieser Herberge weithin den bergenden Charakter genommen hat. Bischof Haug hat einmal davon gesprochen, daß die moderne Familie zur Schnellgaststätte ausarten drohe, weil die Glieder der Familie ihr eigentliches Leben außerhalb derselben führen und zuhause nur noch essen und schlafen — und das nicht einmal zur selben Zeit. Die Hinausverlagerung der Arbeit aus der Erwerbsgemeinschaft der Familie, der Sippe, ja weithin sogar der Ortsgemeinde, ist einer der revolutionärsten Schritte, den die Menschheit jemals erlebt hat. Dieser Schritt kann nicht rückgängig gemacht werden. Die Tatsache kann nicht aufgehoben werden, daß das Eigentum der Familie nicht mehr zugleich ihr Arbeitsmittel ist, an dem die Kinder, geborgen von der elterlichen Liebe, zur Fähigkeit des eigenen Schaffens und zur eigenen sittlichen Entscheidung heranreifen. Der Ernst des Lebens, die Arbeit, und damit der Vater ist aus dem Alltag der Familie hinausgerückt. Der Begriff der Väterlichkeit ist einer ungeheuren Zahl von Menschen ein fremder Begriff geworden. Die Berufstätigkeit der

Frau löst den Schutzraum der Familie vollends auf oder reduziert ihn zumindest auf die wenigen Stunden der gemeinsamen Freizeit.

Schwächung der personalen Antriebskräfte

Diese Linie setzt sich im beruflichen Leben fort. Der beruflich weniger Tüchtige lebte früher als Geselle im Familienverband und wurde mitgetragen von der Sippe. Heute sind nicht nur die beruflich weniger Tüchtigen, sondern der weit überwiegende Teil der arbeitenden Menschen in Großorganisationen eingebaut, deren Übermacht und deren notwendiger Schematismus sie dazu zwingt, personale Antriebskräfte abzuschalten und während ihrer Arbeitszeit nach dem Kommiß-Grundsatz zu leben: Man soll nicht auffallen, weder im Guten noch im Bösen. Bei ungezählten Begegnungen mit Arbeitnehmern aus der Industrie, aus Handel und Verwaltung wurde mir immer deutlicher, in welchem Maße bei der breiten Masse der Arbeitnehmer das Gefühl vorherrscht, daß man es sich nicht leisten kann, eigene Initiative zu entfalten oder auch nur Beschwerden höheren Orts vorzubringen. Die Vorliebe einer bestimmten Schicht des Volks für Wildwestfilme dürfte darin begründet sein. Der Mensch, der nicht in der Lage zu sein glaubt, sich irgendwie seiner Haut zu wehren oder eigene Initiative zu entfalten, reagiert in solchen Filmen seine Phantasie ab, indem er sich mit einem Menschen identifiziert, der heldenhaft um sich schlägt.

Man sollte nicht behaupten, der Fortschritt des Wohlfahrtsstaates sei in erster Linie daran schuld, daß die Menschen nicht mehr für ihr eigenes Leben Verantwortung übernehmen. Die modernen Arbeitsvollzüge bringen gerade dem jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren die Erkenntnis bei, daß die Forderung, Charakter zu haben, sich seiner Haut zu wehren oder sich einen eigenen Lebensplan zu machen, auf einem unrealistischen Idealismus oder auf mangelnder Lebenserfahrung beruht. Die wirkliche Lebenserfahrung beweise, daß die moderne Gesellschaft nur eine Tugend wirklich honoriert, nämlich die der Anpassung. Das gilt natürlich nicht von der gesamten Arbeitnehmerschaft, aber doch von einem großen Teil.

Natürlich müßte die Sozialgesetzgebung sich hüten, diese Tendenz zu verstärken. Sie muß aber heute mit Menschen rechnen, die schon im Elternhaus, erst recht jedoch in ihrem beruflichen Leben jenen Raum der Geborgenheit entbehrt haben, in dem der Wille zur eigenen Verantwortung sich entfalten kann und die Freiheit als ein Geschenk, ja als das höchste Gut der Menschenwürde erfahren wird.

Weder Konservatismus, noch Kollektivismus!

Der Mensch, der in langen Jahrzehnten die Erfahrung machte, daß er als Einzelner nie etwas durchzusetzen imstande ist, ist naturgemäß auch in seinem Privatleben nur in einem verringerten Maße fähig, dem Trieb zur Anpassung zu widerstehen oder selbständig für sein Leben Vorsorge zu treffen. Eine christliche Sozialpolitik muß daher auf der einen Seite ganz realistisch erkennen, in welchem Maße heute die personalen Antriebskräfte der Menschen geschwächt sind. Auf der anderen Seite muß sie aus derselben Menschenliebe heraus in dem anderen Menschen die Entwicklungsfähigkeit zu einer freien, selbst gestaltenden Persönlichkeit anerkennen. Konservatismus und Kollektivismus sind uns daher gleichermaßen verboten; denn der Konservatismus sieht in seiner sozial-romantischen Betrachtung der Dinge nicht, daß die Freiheit nur in dem Maße befreiend wirkt, in dem der Befreite die Kraft hat, die Freiheit zum verantwortlichen Tun zu benutzen. Der Kollektivismus aber wirft die Flinte an der entscheidenden Stelle ins Korn

und meint, seine mitmenschliche Aufgabe erfüllt zu haben, wenn er die Menschheit in eine Masse gutgefütterter Haustiere verwandelt. Beide Gefahren bedrohen ständig eine christliche Sozialpolitik und die freiheitliche Ordnung.

Innere Verteidigungsmaßnahmen

Wo liegen nun heute die Aufgaben der Politiker, wenn sie den Bestand der beiden ersten Säulen der Freiheit schützen wollen?

Es muß zunächst der wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Untergrabung des Schutzraumes der Familie gewehrt werden. Man sollte sich tatsächlich fragen, ob unsere Aufwendungen für den äußeren Schutz unseres Staates, die ich in keiner Weise in Frage ziehen möchte, im rechten Verhältnis stehen zu den Aufwendungen und Anstrengungen, die gemacht werden, um die Herberge der Freiheit, die Familie, in ihrem Bestand zu schützen. Ein Wirtschaftspsychologe schrieb vor kurzem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: es sei merkwürdig, daß jetzt, bei der Verknappung der Arbeitskräfte, die Industriefirmen plötzlich Möglichkeiten für eine Halbtagsarbeit der Mütter entdeckten. Vorher war sie angeblich technisch unmöglich. Es gibt noch eine Fülle anderer Beispiele von bisher ungenutzten Möglichkeiten, den gefährdeten Schutzraum der Familie wieder zu verbessern. Wir dürfen uns durch das Drängen auf einen steigenden Lebensstandard ganz gewiß nicht dazu bringen lassen, die nötigen äußeren Verteidigungsmaßnahmen zu versäumen. Aber ebensowenig darf uns dieses Streben dazu führen, die inneren Verteidigungsmaßnahmen zu kurz kommen zu lassen.

Bekanntlich ist für die Kinder, die im Elternhaus nicht mehr Schutzraum und Anleitung zur Arbeit finden, zunächst von den Kirchen und dann vom Staat und von der Kommune die Einrichtung von Kindergärten geschaffen worden. Aber auch hier ist die Freiheit des Menschen in der modernen Gesellschaft bedroht. In einem Kindergarten, in dem 50 Kinder auf eine Kindergärtnerin kommen, muß ja notwendig eine Situation entstehen, in der selbständige Initiative böse und jede Anpassung gut ist. In der Sowjetzone soll die Bestimmung bestehen, daß kein Kindergarten mehr als 25 Kinder haben darf. Vielleicht ist das nicht das einzige Beispiel, in dem der Westen kollektivistischer erzieht als der Osten. Leider sind es bei uns allerdings gerade die freien konfessionellen Träger, die sich gegen ein Kindergartengesetz wehren, das die Zahl der Kinder in einem Kindergarten beschränkt. Das hat wirtschaftliche Ursachen, die aber wiederum nicht unüberwindlich sind. In einer industriellen Gesellschaft, in der die Ersatzfunktion des Kindergartens notwendig geworden ist, ist es auch die Pflicht dieser Gesellschaft, Ordnungen und finanzielle Bedingungen zu schaffen, unter denen nicht nur konfessionslose öffentliche Kindergärten, sondern auch freie Einrichtungen dieselbe wirtschaftliche Chance bekommen, sofern sie nur bereit sind, ihre Pforten allen Kindern zu öffnen, die ihres Dienstes bedürftig sind.

Erziehung zur Kooperation

Auch in der Schule muß man sich fragen, ob nicht die immer mehr anwachsende Stofffülle die Möglichkeit des Lehrers bedroht, die Kinder zur eigenen Gestaltung anzuleiten. Man kann gewiß Zweifel haben, ob die amerikanische Schule in der richtigen Weise zur Freiheit erzieht. Es hat mich immer merkwürdig berührt, daß dort die Kinder der unteren Klassen praktisch machen können, was sie wollen, und daß man dann genötigt ist, die Studenten in den Hochschulen wie Schulbuben zu gängeln. Der junge Mensch soll das Gefühl haben, in einen Raum der Freiheit hineinzugehen und nicht aus

ihm herauszuwachsen. Nicht die Abtötung unserer Freiheitsillusionen, sondern die wachsende Erfüllung unserer Freiheitshoffnungen erzieht den Demokraten. Aber eines hat die amerikanische Schule der unsrigen voraus: sie erzieht zu jener Haltung, die den Einzelnen zu einem Mitträger der freien Gesellschaft macht. Sie erzieht zur Kooperation. Hierzulande hört man immer, daß die Fülle des Bildungsgutes keine Zeit lasse, um dieses Bildungsgut kooperativ, d. h. unter Benutzung der Arbeitsschulmethode, zu erarbeiten. Bei uns können oft nicht einmal die Lehrer diskutieren, d. h. in einem kooperativen Denkkontakt gemeinsame Erkenntnisse erarbeiten. Ich habe vor einiger Zeit den Direktor einer pädagogischen Akademie veranlaßt, eine Studentendiskussion zu leiten. Es war eine Katastrophe. In Amerika lernt das jeder schon mit 8 oder 10 Jahren. Er lernt zugleich begreifen, daß in der freien Welt die individuelle Leistung noch nichts ist, wenn sie sich nicht einordnet in eine Gemeinschaft von freien Menschen und deren gemeinsame Leistung mitträgt.

Natürlich muß hier ein vernünftiger Kompromiß angestrebt werden. Es muß Leistung gefordert werden, wenn wir unsere Freiheit verteidigen wollen. Man sollte sich aber ruhig einmal fragen, ob die große Zahl der Linksinтеллектуалisten, die wir in Deutschland haben, auch in unserem Schul- und Hochschulsystem begründet ist.

Die Voraussetzung des Überlebens

Ich möchte es noch einmal unterstreichen: Wir leben in einer kooperativen Gesellschaft. Jede Bildung, die in dieser Gesellschaft nicht zu einem kooperativen Denken und Handeln erzieht, ist eine Verbildung; denn sie erzieht Menschen, die in dieser Gesellschaft nur durch Zwang zum Funktionieren gebracht werden können. Und das Funktionieren des Gesellschaftsgefüges ist, so technisch-brutal das klingen mag, die schlichte Voraussetzung des Überlebens. Das wissen die jungen Völker heute deutlicher als das alte Europa. Ihre Versuchung für den Kommunismus oder sonstige totalitäre Systeme ist in der Erkenntnis begründet, daß das Funktionieren des Zusammenspiels heute die Lebensfrage ist. Wenn Martin Luther heute leben würde, würde er die Bitte um einen funktionierenden Sozialapparat in seiner Erklärung der Bitte um das tägliche Brot an die erste Stelle setzen. Mißernten kann man heute ausgleichen, das Fehlen der Zusammenarbeit aber nicht.

Politische Bildung

Darum ist es mir auch immer wieder unverständlich, daß in der industriellen Berufsausbildung auch heute noch weithin die handwerklich-technische Ausbildung ganz einseitig in den Vordergrund gerückt wird. Und damit komme ich auf einen entscheidenden Punkt des Freiheitsproblems in der modernen Gesellschaft. Es wird niemand bestreiten, daß sich das gesellschaftspolitische Bewußtsein des Menschen im wesentlichen zwischen 15 und 30 Jahren bildet. Ausgerechnet das ist die Zeit, in der sowohl Staat als auch die Kirche am wenigsten zur Prägung dieses Bewußtseins tun. Die Erziehung wird den Fabrikmeistern und noch viel mehr den informellen Gruppen im Betrieb und an den Hausecken überlassen.

In den letzten Jahren sind von einer ganzen Reihe konfessioneller und nichtkonfessioneller Organisationen und Institute methodische Modelle der politischen Bildung entwickelt worden. Diese Modelle beziehen sich zum größten Teil auf die werktätige Bevölkerung im Lehrlings- und Jungarbeiteralter. Einige dieser Modelle wären nun reif, im großen ausgewertet zu werden. Leider können sich aber diejenigen, die darüber zu entscheiden haben, nicht einmal darauf einigen, was eigentlich politische Bildung ist. Das ist verständlich; denn

manches von dem, was unter politischer Bildung läuft, ist politische Information, aber nicht Bildung. Ein Politiker sagte mir vor kurzem, ihm scheine, ein erheblicher Teil der sogenannten politischen Bildung bestehe in einer Erziehung zum Meckerertum. Das ist richtig. Es gibt einen bestimmten Typ politischer Bildung von Jugendlichen, bei dem den jungen Menschen in erster Linie mitgeteilt wird, was sie sich alles in der Demokratie nicht gefallen zu lassen brauchen. Selbst die Information über die politischen Institutionen der Bundesrepublik, die selbstverständlich schon im Rahmen der Schulbildung erfolgen muß, ist noch keine politische Bildung im vollen Sinn. Zur Bildung wird das alles erst dann, wenn gleichzeitig der Wille erweckt wird, mitverantwortlich unsere gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Freiheitsrechte zu tragen. Politisch gebildet ist ein Bürger noch nicht, wenn er weiß, wieviel Freiheitsrechte er zu konsumieren hat. Politisch gebildet ist nur derjenige, der Freiheitsrechte mitzuproduzieren vermag. Und das geschieht nur dort, wo der einzelne Bürger in freiwilliger Einordnung und bewußtem Engagement für die Gemeinschaft, in der er steht, den Zwang entbehrlich macht.

Befähigung zur Führung

Politische Bildung ist Erziehung zur Zusammenarbeit in Freiheit. Erziehung zur gesellschaftspolitischen Führung ist Befähigung zur Herbeiführung einer Zusammenarbeit in Freiheit. Trotz allem, was wir erlebt haben, herrscht aber in Deutschland immer noch die Überzeugung, daß derjenige zur Führung berufen ist, der sich durchzusetzen versteht und der eine Mannschaft in unbedingter Gefolgschaft hinter sich hat. Willenskraft und Agitationsfähigkeit befähigen im Bewußtsein breiter Massen von Arbeitern und von Akademikern zur Führung. Das wäre nicht so, wenn jede jugendliche Arbeitsgruppe in einem politischen Bildungsvorgang die Tatsache erlebt hätte, daß in einer freien Gemeinschaft nur derjenige führen kann, der die Verständigungs- und Opferbereitschaft vermitteln, ja der einen gemeinsamen Denkvorgang erwecken und leiten kann. Ich sage, jede Gruppe müßte diese Erfahrung machen. Die politische Bildung von Einzelnen, die aus der Gruppe herausgezogen werden, hat nur einen sehr begrenzten Wert, da sie meist nachher gegen den Geist ihrer Gruppe doch nicht aufkommen. Aus diesem Grunde kann es sein, daß Institutionen, die fast überhaupt keine politische Information vermitteln — damit spreche ich nicht von meiner eigenen — in einem hohen Maße politische Bildung vermitteln, wenn sie einer Gruppe die Freude am gemeinsamen Gestalten, am freiwilligen Mittragen des Ganzen ins Bewußtsein hebt. Dazu sind entsprechende Freizeitmöglichkeiten, aber auch gruppenpädagogisch gebildete Lehr- und Lehrlingsmeister erforderlich. Warum muß man in Deutschland zwar für die Führung von Schiffen, von Straßenbahnen und von Autos eine Lizenz erwerben? Warum gibt es nicht auch den Zwang, daß nur derjenige hauptberuflich Ausbilder kaufmännischer und technischer Lehrlinge sein kann, der einen pädagogischen Lehrgang durchgemacht hat, in dem ihm das, was ich vorhin angedeutet habe, wenigstens in den Grundbegriffen beigebracht wird. Sachschaden an Maschinen zu verhüten, sind wir modernen Technokraten außerordentlich eifrig. Dem Sachschaden am Sozialgefüge vorzubeugen, haben wir noch sehr unvollkommen gelernt.

Widersprüche in Bewußtsein und Praxis

Vor kurzem richtete die Sonderkommission für politische Bildung an der nichtorganisierten Jugend, der ich selber angehöre, eine Bitte an die Deutschen Arbeitgeberverbände: sie möchten ihre Mitglieder doch ermuntern, den von ihnen beschäftigten jungen Arbeitnehmern einmal während ihrer dreijährigen Ausbildungs-

zeit eine Woche unbezahlten Urlaub zu geben, sofern sie in dieser Zeit an einem staatsbürgerlichen Lehrgang teilzunehmen wünschten. Es wurde abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß die wachsenden Urlaubsforderungen und die steigenden technischen Anforderungen es nicht erlaubten, von den 150 Wochen der Ausbildung noch eine auszusparen für die Zwecke der Gesellschaftsbildung. Dieselben Firmen beklagen sich aber bitter darüber, daß keine Bereitschaft zur Mitverantwortung, zum Maßhalten und kein Verständnis für wirtschaftspolitische Notwendigkeiten in der Arbeiterschaft vorhanden sei. In unserem demokratischen Bewußtsein sind offenbar noch tiefe Widersprüche verwurzelt. Tiefe Widersprüche durchziehen die Praxis unseres demokratischen Staates.

Man kann dasselbe noch an einem anderen Punkt deutlich machen. Bekanntlich bemühen sich die Sozialabteilungen unserer Industriefirmen und Handelshäuser eifrig darum, ihren Mitarbeitern deutlich zu machen, daß auf sozialpolitischem Felde die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dieselben Firmen beschäftigen aber auch eine Werbeabteilung, die sich ebenso intensiv bemüht, dafür zu sorgen, daß die Ehefrauen ihrer Arbeitnehmer mit ihrem Haushaltsgeld nicht auskommen. Das ist nun freilich ein Widerspruch, der so einfach nicht zu beseitigen ist. Der Bundesbürger gibt etwa viermal so viel Geld für die raffiniertesten Methoden der wirtschaftlichen Werbung aus, als er für alle Formen der religiösen Bildung und Betreuung ausgibt. Unter diesen Umständen kann es ja gar nicht ausbleiben, daß das Parallelogramm der Kräfte, von dem auch die Politiker getragen werden, in erster Linie von den materiellen Verbrauchswünschen der Bürger bestimmt ist. Ein Staat, der kein Geld und keine Zeit dafür hat, seinen jungen Bürgern eine Erziehung zum Gemeinschaftsbewußtsein zu vermitteln, wird durch das innere Kräftefeld genötigt sein, vor jeder Wahl den hundertfachen Betrag für Wahlgeschenke auszugeben, wenn die Unzufriedenheit der Bürger sich nicht in radikalen Wahlentscheidungen entladen soll.

Ins Totalitäre drängende Einflüsse

Die unbeabsichtigten politischen Bildungseinflüsse, die sich in Deutschland verbreiten, sind weithin negative, ins Totalitäre drängende Einflüsse; denn die Bildung, die der junge Arbeitnehmer im Betrieb erfährt, ist in erster Linie eine Erziehung zur Anpassung. Die Bildung, die ihm, wenn er den Betrieb verläßt, an jeder Straßenecke zuteil wird durch die modernen Massenmedien der Werbung, ist eine Bildung zur Steigerung seiner Wünsche. Und die Bildung, die alle irgendwie organisierten Bürger in ihrem Interessenverband empfangen, besteht in erster Linie in der Einsicht, daß sie einer Bevölkerungsgruppe angehören, die offenkundig im Zusammenspiel der Gesellschaftsgruppen benachteiligt ist. Die faktische politische Bildung, die der junge Mensch weithin empfängt, ist eine Verbildung, eine Entwöhnung der eigenen Initiative und eine Steigerung seiner Ansprüche.

Es geht allerdings bei diesem ganzen Thema nicht nur um die Bildungsprobleme der Jugend, sondern auch um die Erwachsenenbildung. Jeder Erwachsene, auch wenn er eine unbedeutende und mechanische Verrichtung ausübt, ist Mitspieler an einem außerordentlich komplizierten Gesellschaftsspiel. In meiner Akademie veranstalten wir fast an jedem Wochenende eine sogenannte Querschnittstagung, bei der Repräsentanten der verschiedenen Abteilungen eines Betriebes oder einer großen kommunalen Verwaltung miteinander über das Gefüge ihres Betriebes diskutieren. Dabei haben wir die Beobachtung gemacht, daß es in jedem Betrieb so etwas wie ein betriebliches Unterbewußtsein gibt. Es gibt verdrängte Komplexe, die das soziale Mißvergnügen der Mitarbeiter bestimmen. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß sich aus der Summierung

dieses betrieblichen Mißvergnügens auch das Mißvergnügen des Bürgers am Staat zusammensetzt. Der Bürger, der in seiner betrieblichen Existenz auf „stur“ geschaltet hat, tut das auch im Staat, und „auf stur schalten“ heißt: nichts mehr freiwillig tun, sich jeder Gewalt fügen und sich auf radikale Weise entladen, wo ein kollektiver Anlaß gegeben ist, um das ungestraft zu tun. Ich bin durch diese Erfahrung zu der Überzeugung gelangt, daß die Erwachsenenbildung gewiß auch kulturelles und berufliches Wissen vermitteln muß, wie es die Volkshochschulen tun. Unter politischen Aspekten kommt es aber vor allem darauf an, die Zellen des Sozialkörpers zu bilden und in ihnen die psychologischen, die erkenntnismäßigen und die sittlichen Voraussetzungen für ein demokratisches Verhalten in der Arbeitsgruppe zu erwecken. Politische Bildung in einer kooperativen Gesellschaft muß Bildung eines demokratischen Gruppenbewußtseins sein. Nur dann kann auch der Schwache, der kein Führer ist, seine Freiheit in der Mitverantwortung erleben. Auch für diese Art von gesellschaftlicher Bildung gibt es heute erprobte Modelle, die weiter ausgebaut werden müssen.

Die Doppelbedeutung der Atombombe

Ich komme zu der dritten Säule, zu dem Schutzwall, der durch Recht und staatliche Gewalt gegen die Bedrohung der Freiheit erforderlich ist. Auch diese Säule ist heute aufs schwerste gefährdet. Sowohl die Freiheitsrechte, die den Menschen von der staatlichen Gewalt garantiert sind, wie auch die Gewaltmittel, die diese Freiheit schützen, sind in einer gefährlichen Weise ambivalent, zweideutig, geworden. Am deutlichsten tritt uns dieses Problem mit der Atombombe vor Augen. Sie ist das stärkste Mittel zur Verteidigung der Freiheit und zugleich die gefährlichste Bedrohung des Lebens überhaupt. Als Mitglied der Atomkommission der Evangelischen Kirche in Deutschland habe ich im letzten Jahr Gelegenheit gehabt, mit den Vertretern der sogenannten Kirchlichen Bruderschaften eingehend über dieses Thema zu diskutieren. Diese Diskussion hat gezeigt, daß selbst diese radikale, zum Pazifismus neigende Gruppe heute nicht mehr einen einseitigen Verzicht auf nukleare Waffen fordert.

Der Vorsitzende der Bruderschaften, Simon, hat in der März-Nummer der „Jungen Kirche“ folgende Sätze geschrieben: „Es kann wohl als einmütige Ansicht angesehen werden, daß ein einseitiger totaler Verzicht auf nukleare Waffen seitens der bereits atomar aufgerüsteten Weltmächte faktisch nicht zur Erörterung steht... Wir stehen leider in unserem geschichtlichen Stadium vor dem Faktum, daß Massenvernichtungsmittel vorhanden sind und daß die führenden Weltmächte sie nicht ohne gleichzeitige kontrollierte Abrüstung aus der Hand legen werden.“ Simon spricht dann von der Notwendigkeit, in einem schrittweisen und verschlungenen Prozeß von Einzelmaßnahmen die Welt von der lastenden Drohung zu befreien, und kommt schließlich zu dem bemerkenswerten Satz: „In diesem eng begrenzten Rahmen müßte es auch nach Ansicht der Vertreter dieses (unseres) Standpunktes dem Glaubensgehorsam nicht unbedingt widersprechen, wenn ein einflußreicher Politiker wie Eisenhower die Atombombe im derzeitigen Stadium des Atompakts als Faktor der Politik beibehält in der ehrlichen und durch kleine Schritte der Vorleistung aktiv praktizierten Absicht, sie aus dem Spiel zu bringen.“

Wir sind also heute in der evangelischen Kirche immerhin ziemlich einmütig zu der Erkenntnis gekommen, daß trotz der tragischen Doppelbedeutung der Atombombe nicht darauf verzichtet werden kann, sie solange bereit zu halten, bis es den gemeinsamen Bemühungen um den Frieden gelungen ist, sie faktisch aus dem Spiel zu bringen. Das ist ein wesentlicher Fortschritt. Jedermann

weiß, daß gegen eine atomare Bedrohung von Recht und Freiheit ohne atomare Verteidigung faktisch keinerlei Schutz besteht. Es herrscht in der evangelischen Kirche allerdings noch keine Einigkeit über die Frage, ob es auch sittlich gerechtfertigt ist, die Atombombe anzuwenden, wenn es keine andere Möglichkeit der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens gibt. Ich selbst glaube, daß die Pflicht des Staates, dem Friedensbrecher mit gleichen Machtmitteln entgegenzutreten, auch im Zeitalter der Atombombe nicht aufgehoben ist, solange eine Aussicht besteht, dadurch das Leben und die Freiheit zu erhalten. Die Frage, wann diese Grenze erreicht ist, muß durch Vernunft und Gewissen im konkreten Fall entschieden werden.

Diktat der Masse

Viel weniger klar im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist die Zweideutigkeit der Freiheitsrechte und ihrer Schutzmittel auf innerpolitischem Gebiet. Die Pressefreiheit gehört in einem demokratischen Staat — wie wir wissen — zu den besonders empfindlichen und besonders wichtigen Rechten des Bürgers. Nicht viel weniger bedeutsam ist die Freiheit anderer sogenannter freier Berufe, die kulturell schaffend tätig sind. Leider sind die Angehörigen dieser Berufe und ihre Verbände geneigt zu meinen, ihre Freiheit sei in erster Linie vom Staat bedroht und müsse also gegen staatliche Eingriffe geschützt werden. Gewiß müssen sie dagegen geschützt werden, aber zunächst muß einmal gesehen werden, daß ihre Hauptbedrohung von anderer Seite kommt.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern: Wir hatten vor kurzem in Bad Boll eine Tagung für die Verleger und die Hauptschriftleiter der großen deutschen Illustrierten. Einer der Bedeutendsten dieser Verleger schilderte dabei die bei den Illustrierten bestehende Konkurrenzlage und die Folgen, die das für die innere Gestaltung des Blattes hat. Eine starke Auflageminderung bedeutet für ein solches Blatt in kürzester Zeit so ungeheure Verluste, daß es in der Gestaltung und Aufmachung einfach nicht mehr mit den Konkurrenzorganen mitkommt und vielleicht sogar zum Aussteigen gezwungen ist. Ich kann um der Kürze der Zeit willen die inneren Zwangsläufigkeiten, die in diesem Konkurrenzgeschäft vorliegen, nicht schildern, so interessant es wäre. Schlaglichtartig will ich nur eine Tatsache berichten, die dabei erwähnt wurde: Die großen amerikanischen Illustrierten sind heute dazu übergegangen, ihre Romane nicht mehr von einem Autor fertig schreiben zu lassen, ehe sie gedruckt werden. Es werden nur die ersten beiden Fortsetzungen geschrieben, und dann wird das Publikum getestet. Es wird festgestellt, welche Figuren des Romans die Sympathien des Publikums haben und welche bei einer der nächsten Fortsetzungen auf passende Weise von der Bildfläche zu verschwinden haben. Das Ganze erinnert an die vox populi der spätrömischen Zeit. Die Illustriertenherausgeber haben nicht verraten, ob auch die deutschen Illustrierten inzwischen zu dieser Art Romanproduktion übergehen mußten. Es wäre aber gut, sich einmal auszumalen, was in Deutschland passieren würde, wenn etwa der Herr Bundesinnenminister auf die Idee käme, an eine Illustrierte zu schreiben: die und die Romanfigur erscheine ihm untragbar und habe also von der Bildfläche zu verschwinden. Darüber, daß die Obrigkeit etwas Derartiges nicht tun darf, ist sich in Deutschland alles einig. Der Herr Omnes — um mit Luther zu reden — darf das alles. Keine Regel des guten Geschmacks und der Sitte hindert ihn, dem Journalisten das Diktat aufzulegen, gegebenenfalls die abgeschmacktesten Dinge zu publizieren.

Fortsetzung des vorstehenden Referates und Abdruck des III. und IV. Referates der Mannheimer Tagung in der Mai-Ausgabe.